MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG

MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916

1910

214 (11.5.1910) Abendblattt

urn:nbn:de:bsz:mh40-141578

General-Anzeiger

Abonnement:
70 Pfennig monatlich.
Bringerlohn 30 Pfg. monatlich, durch der Post bez. incl. Postaufschlag M. 3.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Pfg.

Inserate:
Die Colonel-Zeile . . . 25 Pfg.
Auswärtige Inserate . . 30 „
Die Reklame-Zeile . . . 1 Mark

(Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)

Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.
Täglich 2 Ausgaben (ausgenommen Sonntag)
Eigene Redaktionsbureaus in Berlin und Karlsruhe.

Schluß der Inseraten-Annahme für das Mittagsblatt Morgens ½9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim".

Telefon-Nummern:
Direktion u. Buchhaltung 1449
Druckerei-Bureau (Annahme v. Druckarbeiten 341
Redaktion 377
Expedition und Verlagsbuchhandlung . . . 218

Nr. 214. Mittwoch, 11. Mai 1910. (Abendblatt.)

Was will das werden?

Auf diese Frage erteilt Professor C. Metger im „Tag" die folgende Antwort:

Durch die Beschlüsse des Herrenhauses in bezug auf die Wahlrechtsvorlage ist eine völlig neue Situation geschaffen worden. Ueber den Erfolg, den der Herr Ministerpräsident errungen hat, werden sich auch diejenigen freuen, die dem Gesetz kühl oder ablehnend gegenüberstehen. Denn er hat ihn einer Festigkeit gegenüber dem schwarz-blauen Block zu verdanken, die man bei ihm bis jetzt vermißt hat. Aber mit diesem Erfolg ist der Kampf keineswegs zu Ende, da man nicht weiß, ob die Beschlüsse des Herrenhauses, die zwar den Wünschen der einen Partei entgegenkommen, dafür aber mit denen einer anderen im direkten Widerspruch stehen, im Abgeordnetenhause eine Mehrheit finden werden.

Für den weiteren Verlauf der Dinge wird das Verhalten der Konservativen in erster Linie entscheidend sein. Zuerst glaubte man, sie würden der Vergrößerung der Drittelungsbezirke, die ja den hauptsächlichsten Streitpunkt bildet, ihre Zustimmung geben. Nach den letzten Aeußerungen der Presse scheint dies aber nicht der Fall zu sein. Den Führern der Konservativen liegt offenbar viel daran, das gute Verhältnis zum Zentrum nicht zu stören; für dieses ist aber der Beschluß des Herrenhauses völlig unannehmbar. Soll also der schwarz-blaue Block in der bisherigen Weise weiterarbeiten, so müssen die Konservativen dem Zentrum in diesem Punkte entgegenkommen. Es fragt sich, ob die ganze Partei dafür zu haben ist. Sie steht vor der Frage, ob sie mit ihrem bisherigen Bundesgenossen weiterarbeiten, oder ob sie diesen in einer so wichtigen Angelegenheit im Stich lassen will. Tut sie das erste, so wird das Gesetz in der Form, die es im Abgeordnetenhause gewonnen hatte, wiederhergestellt und geht an das Herrenhaus zurück. Wenn dann keiner nachgeben will, dann kann es sich ereignen, daß die Vorlage in dreiwöchentlichen Pausen wie ein Ball zwischen den beiden Häusern hin und her geworfen wird, bis die Regierung dem Spiel ein Ende macht und die Vorlage zurückzieht.

Entschließen sich aber die Konservativen, ebenso wie die Mehrzahl ihrer Parteigenossen im Herrenhause, der Regierung entgegenzukommen und für das Gesetz zu stimmen, so treten nun die Nationalliberalen in Funktion, da sie, wenn das Zentrum ablehnt, für die Mehrheit nicht zu entbehren sind. In der Tat hat man ihnen durch Vergrößerung der Drittelungsbezirke eine bedeutende Konzession gemacht, aber es ist die Frage, ob ihnen dieses genügt, ihren Widerstand gegen das Gesetz aufzugeben. Für ihre Entscheidung werden taktische und materielle Gründe maßgebend sein. Zuerst handelt es sich darum, ob man erwarten darf, daß die Spaltung zwischen den Konservativen und dem Zentrum zu einer dauernden Trennung des schwarz-blauen Blocks führen wird. Das wäre zwar ein großer Erfolg für die Nationalliberalen, aber sie werden doch wohltun, sich nach dieser Richtung hin keiner allzu großen Hoffnung hinzugeben. Die Dinge liegen hier anders als beim Bülowblock: dort war das mühsam errungene Gleichgewicht ein labiles, künstliches, hier ist es ein stabiles, das auf einer breiten Grundlage ruht. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben gezeigt, wie sehr sich Zentrum und Konservative zueinander hingezogen fühlen. Sie stehen einander nahe in bezug auf ihre Weltanschauung, auf die ja Herr v. Heydebrand so großes Gewicht legt, und sie verfolgen zudem durchweg dieselben Interessen. Wenn sie einmal auseinandergingen, haben sie sich stets bald wiedergefunden, und das wird auch diesmal wieder geschehen. Eine Meinungsverschiedenheit in bezug auf das Wahlrecht wird nicht zu einer dauernden Trennung führen.

Die Nationalliberalen haben immer großes Gewicht darauf gelegt, daß den jetzigen Kämpfen eine größere Ruhepause folgen müsse. Werden sie das erreichen, wenn sie das Gesetz in seiner jetzigen Form annehmen? Schwerlich. Zuerst war die geheime Wahl das hauptsächlichste Kampfobjekt. Es hat sich gezeigt, daß diese allein nicht genügt, wenn nicht die direkte Wahl hinzukommt. Man glaubt daher, geheime in Verbindung mit direkter Wahl fordern zu müssen. Bis dies Ziel erreicht ist, wird Ruhe nicht eintreten. Was endlich die materielle Seite angeht, so haben die Nationalliberalen seit den Beschlüssen des Magdeburgischen Parteitages ihre Pflöcke schon ziemlich weit zurückgesteckt, aber sie hielten doch bis zuletzt, außer an der Aenderung der Drittelungs-Bezirke, auch an der Vermehrung der Zahl der Mandate und an Erleichterungen in der Aufstellung von Wahlmännern fest. Es ist wahrscheinlich, daß sie sich mit den jetzt gebotenen Konzessionen nicht begnügen, sondern daß sie versuchen werden, noch weitere Forderungen durchzusetzen.

Wie man sieht, ist das Schicksal der Wahlvorlage noch von manchen Zufällen abhängig. Ob und in welcher Form sie in den Hafen einlaufen wird, kann vorläufig niemand wissen. Für die Abgeordneten ist es günstig, daß jetzt kurze Ferien eintreten. Während der Pfingstpause finden sie Gelegenheit, sich mit ihren Wählern ins Einvernehmen zu setzen, ehe sie die endgültige Entscheidung treffen.

Politische Uebersicht.

* Mannheim, 11. Mai 1910.

Thüringen und die deutsche Eisenbahngemeinschaft.

Der Verband Thüringischer Industrieller, der trotz der kurzen Zeit seines Bestehens etwa 1000 Firmen zu Mitgliedern zählt, die annähernd 100 000 Arbeiter beschäftigen, hielt am Montag in Weimar seine erste ordentliche Haupt-Versammlung ab.

In öffentlicher Versammlung sprach dort Regierungsrat Dr. Endres-Mannheim über die „künftige deutsche Eisenbahngemeinschaft und die gegenwärtige sowie künftige Stellung Thüringens dazu". Der Redner führte aus: Preußen kann von seinen Eisenbahnüberschüssen (600 Millionen) über die Verzinsung und gute Tilgung seiner Eisenbahnschuld hinaus noch Reinüberschuß für allgemeine Staatszwecke verwenden (1908 83 Millionen; 1909 163 Millionen). Diese Reinüberschüsse werden heute nicht in Thüringen verdient, sondern im Güterverkehr des rheinisch-westfälischen und oberschlesischen Beckens, im Verkehr mit Hamburg und Berlin. Auch Baden, Württemberg, Bayern und Elsaß mit gleichstarkem oder noch stärkerem Verkehr wie etwa Thüringen, verdiene keine Reinüberschüsse; selbst Sachsen hat nur in wenigen Jahren solche Reinüberschüsse, aber es tilgt nicht so gut wie Preußen; würde es gleich hoch tilgen, so würden auch diese Ueberschüsse im allgemeinen verschwinden. Also heute ist für Thüringen kein Anteil an den preußischen Eisenbahnüberschüssen zu erhoffen. Aber in dieser Hinsicht besteht Hoffnung auf Anteilnahme bei einer deutschen Eisenbahn-Gemeinschaft. Preußen kommt dann eher in die Lage, von den durch solche Gemeinschaft ihm zufließenden Mehrüberschüssen etwas den Kleinstaaten zukommen zu lassen, sei es direkt, sei es indirekt. Thüringen und alle Kleinstaaten haben daher großes Interesse an föderativer deutscher Gemeinschaft. Das Föderativ gibt diesen Staaten die Möglichkeit des Rückhalts an ganz Deutschland und die Kleinstaaten sind dann weniger von Preußen allein abhängig. Die deutsche Gemeinschaft wird bessere politische Verhältnisse bringen, davon wird auch Thüringen Vorteile haben. Bau, Betrieb und Verkehr würde nach deutschen Rücksichten geregelt, nicht allein nach partikulären. Dann werden auch die thüringischen Staaten zu besseren Einnahmen aus den Eisenbahnen kommen.

Die Ersatzwahl in Friedberg-Büdingen.

Aus Darmstadt wird uns geschrieben: Die Kandidatenfrage für das durch den Tod des Grafen Oriola erledigte Reichstagsmandat im 2. Oberhessischen Reichstagswahlkreis Friedberg-Büdingen-Vilbel ist nunmehr in der Hauptsache gelöst, da die drei ernstlich in Betracht kommenden Richtungen — die liberale, die agrarische und die sozialdemokratische — ihre Kandidaten benannt haben. Die Aufstellung zog sich so lange hin, da zunächst Bemühungen im Gange waren, der Sozialdemokratie eine geschlossene Front aller bürgerlichen Parteien gegenüber zu stellen. Daß es nicht hierzu kam, ist hauptsächlich die Schuld des Bundes der Landwirte, der trotzdem es noch keineswegs feststeht, daß er die Mehrzahl der bürgerlichen Wähler hinter sich hat, nicht mehr oder weniger verlangte, daß der Kandidat sich auf das Bundesprogramm verpflichten, sowie Mitglied des Bundes der Landwirte sein müsse und sich keiner Fraktion anschließen dürfe. Dadurch waren von vornherein die Freisinnigen von der gemeinsamen Kandidatur ausgeschlossen, da diese gerade in Hessen keine reine agrarische Kandidatur unterstützen. Auch der für diese Kombination in Aussicht genommene Kandidat, der frühere nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Becker, lehnte ab und so trat ohne weiteres für den Bund der Landwirte die schon vorher in Aussicht genommene Eventualität in Kraft, den bündlerischen Führer im Wahlkreis, den Rechtsanwalt und Gutsbesitzer von Hellmolt in Friedberg als Kandidaten aufzustellen, und zwar als sogenannten Mittelstandskandidaten. Es ist noch ungewiß, ob das Zentrum ihm schon im ersten Wahlgang seine 2000 Stimmen zuführen wird. Es wird sich dies erst in 14 Tagen entscheiden. Wenn es nicht der Fall ist, wird wohl der Abgeordnete Erzberger als Zählkandidat des Zentrums aufgestellt werden. In diesem Falle würde Herr von Hellmolt wohl schwerlich in die Stichwahl gelangen, da die vereinigten liberalen Parteien

Feuilleton.

Brief aus der Jagdausstellung.

Wien, anfangs Mai.

Sie wissen das ja: Oesterreich ist heute Trumpf, schwarzgelb ist modisch. Hinter uns liegt die behäbige Gouchowsliziit, in der man sich den Anschein des Saturierten gab und im geheimen Königgrätz und den wirtschaftlichen Ruin der 70er Jahre zu verwinden hatte. Seit einem Jahrzehnt wird es nun auch bei uns wieder lebendig. Die Einführung des Volksparlamentes, die Annexion der bosnischen Länder rückten unseren Staat wieder in den Brennpunkt des europäischen Interesses. Man hört jetzt jeden Augenblick von Oesterreich. Und sie haben vielleicht auch die vielen Bücher gelesen, die über Wien und das österreichische Problem geschrieben worden sind: Bahrs Jeremiade und das entzückende „Oesterreichische Antlitz" von Felix Salten und die Romane von Bartsch und Bahr und Heinrich von Schullern. Man spürt aus all dem, daß an dieser Ordnung gearbeitet wird, daß Oesterreich mitten in einer Wandlung steht, die Amerika über den alten Kontinent geschickt hat. Die Wirtschaft der europäischen Staaten hat das Problem des Industrialismus zu lösen. Organisation heißt sein Sinn und Wesen — ökonomische Unordnung aller verfügbaren Kräfte. Und diese umsichtige Verteilung zu verwirklichen fällt uns schwerer als den Deutschen im Reich, als den Franzosen und Engländern: denn Oesterreich ist immer noch ein konservatives Agrarierland und wird von einem Dutzend Völkern bewohnt. Der Kristallisationsprozeß zu einer organisierten Wirtschaftseinheit begegnet hier größeren Schwierigkeiten als in den einsprachigen Industrieländern, geht unter heftigen Störungen, unter wilden Gegenströmungen vor sich. Man hat in Oesterreich die Bedeutung der Organisation für das ganze moderne Leben noch nicht erkannt. Was für einen unerhörten Spektakel machen Brüssel und München mit ihren Ausstellungen in diesem Jahr! Aber von der Wiener Jagdexposition meldet kein Lied, kein Buch. Wir lassen es uns genug sein, im Inland über den Mangel an Reklame zu schimpfen. Aber es fällt keinem ein, mit der neidischwarmen Bescheidenheit aufzuräumen. An Kräften hat es uns nie gefehlt, immer nur an Organisatoren, den großen Ordnern und Verwertern. So werden wir wahrscheinlich auch diesmal wieder hübsch unter uns bleiben. Obwohl das — auch ganz altruistisch gesprochen — sehr schade wäre. Denn diese Jagdausstellung verkörpert einen neuen Gedanken. Sie hebt das Weidwerk aus der exklusiven Sphäre eines sehr kostspieligen Sportes und stellt es als volkswirtschaftlichen Faktor mitten in das moderne Erwerbsleben. Diese ehrbare Absicht der Jagdfreunde schwingt in dem Ausstellungskonzert freilich nur als leiser Unterton mit, und man muß schon sehr genau hinhorchen um ihn herauszuhören. Es wäre auch in der entzückenden kleinen Stadt rings um die Rotunde sicherlich weniger amüsant, wenn sich dieser wirtschaftspolitische Aufklärungsdienst geschäftiger vordrängte.

So aber wird man von tausend Raritäten aus fernsten Ländern und tausend Reliquien aus fernsten Zeiten bezaubert. Und alle Herrlichkeiten aus Canada und Persien, Australien und Afrika, alle Kostbarkeiten aus der Jagd des Rokoko und der Barocke, der Historie und Prähistorie werden durch das wunderschöne Jagdschloß unseres Kaisers gekrönt. Diese Ausstellung ist der Geburtstagsgruß, den seine Völker und die befreundeten Reiche dem Achtzigjährigen bieten. Als Dank für solche Huldigung hat er sie patroniert und mitten auf dem Ausstellungsplatz sein Jagdschloß Mürzsteg aufführen lassen. Und nun können die Leute sehen, wie unser Kaiser lebt, wenn er, losgelöst von allen repräsentativen Pflichten, nur Mensch ist, wie einfach das alles ist und welch ein adeliger Geschmack dieser Einfachheit eine bestrickende Anmut schenkt. Man merkt, daß man bei einem sehr hohen, sehr feinen Herrn zu Gast ist und fühlt sich demnach traulich aufgenommen. Da ist genau das gleiche Meublement, aus lichtem, gelblichen Zirbelholz, sind genau dieselben bequemen, hochlehnigen Sessel, wie wir sie in unseren Sommerwohnungen haben. Ganz gewöhnliche Kerzen stecken in schmucklosen Leuchtern und das kaiserliche Bett ist gar aus Eisen. Gewiß: das berühmte Tabakkollegium Friedrich Wilhelms I., das hier im deutschen Reichshaus zu sehen ist, gibt dem Jagdschloß unseres Kaisers an Schlichtheit nichts nach. Aber diesen dunkeln, festen Möbeln aus Eichenholz fehlt die echt österreichische, leicht geschwungene Grazie, fehlt jene liebenswürdige Anmut, die unser Herz bezaubert. Das ist ein Raum für trinkfeste Kumpaneien, wie sie Friedrich Wilhelm liebte. Hier tanzte er am Tage der Schlacht von Malplaquet mit seinen Generälen. Hier dröhnte das Lachen des alten Dessauer in die dampfende Runde. Hier tübnte Pflanz die langen Pfeife. Es stimmt ganz gut zu dem massigen Raum, daß vor seinem Eingang die beiden mächtigen Wisentstiere aufgestellt sind, die ihr Kaiser, Wilhelm II., geschossen hat. Die dicken Schädel sind zu Boden gekrümmt. Die Hörner holen zum Stoße aus. In dumpfem Zorn glotzen die runden Augen. Unwillkürlich springt man vor dieser dickflüssigen Wut einen Schritt zurück. Blut rinnt wieder durch die vertrockneten Adern. Und daß ist ja das Schönste an dieser Ausstellung, daß man alle Augenblicke vom lebendigen Bild zum Leben, vom Tod zur Lebendigkeit hinübergerissen wird, daß man in Momenten träumerischer Befangenheit wirklich vor dem Dschungel der Tiger und den Höhlen der Bären, den Felsschlüpfen der Steinhühner und den Verstecken des Dachses zu stehen glaubt.

In einer Unzahl von Dioramen werden uns exotische Jagdszenen vorgeführt, werden uns in anschaulichen Bildern alle die Tiere und Länder nahegerückt, die uns aus Kiplings Dichtungen

MARCHIVUM

ihn wohl sicher überflügeln werden. Ihr Kandidat ist der bekannte Professor des Strafrechts an der Straßburger Universität Dr. von Calker. Er ist zwar dem Wahlkreis fremd, genießt aber als Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei den Ruf eines ehrlich liberalen Politikers. Die fortschrittliche Volkspartei, deren Taktik von vornherein auf eine gemeinsame liberale Kandidatur gerichtet war, hat bereits erklärt, für ihn wie für einen eigenen Kandidaten eintreten zu wollen, nachdem er sich für die Erhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts sowie für die Erbanfallsteuer ausgesprochen hat und von der nationalliberalen Partei erklärt worden ist, für die bisher freisinnig vertretenen Wahlkreise Usedom-Wollin und Landeshut-Jauer keine Kandidaten aufstellen zu wollen. Es ist seit vielen Jahren das erstemal — von dem Wahlkreis Gießen abgesehen — daß in Hessen eine gemeinsame liberale Reichstagskandidatur unter Billigung aller Parteiinstanzen zustande gekommen ist und von dem Ausfall dieses Versuches wird es wohl abhängen, ob im nächsten Jahre bei den allgemeinen Neuwahlen überhaupt in Hessen eine liberale Einigung zustande kommt. Kandidat der Sozialdemokraten ist, nachdem der hessische Landtagsabg. Rechtsanwalt Dr. Fulda eine Zeitlang der Auserwählte zu sein schien, wieder der im Wahlkreis ansässige frühere Schreinermeister und jetzige Parteisekretär Busold, der sicher in Stichwahl kommen wird. Da die Gefahr daß der Wahlkreis an die Sozialdemokratie verloren geht, nicht gering ist, wird es viel von der Art der Agitation der bürgerlichen Parteien abhängen, daß wenigstens für die sicher zu erwartende Stichwahl ein gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien möglich ist.

Zum Schluß noch ein Wort über die Zusammensetzung des Wahlkreises. Die namentlich in bündlerischen Blättern immer wiederkehrende Behauptung, daß der Wahlkreis vorwiegend agrarisch sei, ist im vollen Umfang nicht richtig. Die landstädtische Wählerschaft umfaßt etwa ein Viertel und von den verbleibenden drei Viertel ist der größere Teil wohl der Industrie zuzurechnen, während in den eigentlich ländlichen Gebieten der Kleinbauernstand überwiegt.

Eine Warnung an die Rechte.

(n.l.c.) Die „Berl. Pol. Nachr." richten heute eine entschiedene Warnung an die Rechte, in Sachen der Wahlrechtsfrage die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. Die Auslassung mag hier Wiedergabe finden; nicht nur, weil sie nach wie vor höchst zeitgemäß ist, sondern auch ihres offenbar offiziösen Ursprungs wegen:

„In den Kreisen derjenigen Politiker, welche innerlich jeder Aenderung des preußischen Wahlrechts widerstreben, scheint die Auffassung verbreitet zu sein, daß, wenn die jetzt zur Beratung stehende Wahlvorlage nicht zustande kommt, die Wahlreform in der Versenkung verschwinden und es einfach, als wäre nichts geschehen, sein Bewenden bei den bisherigen Bestimmungen haben werde. Diese Auffassung kann aber eine ernsthafte Prüfung nicht bestehen, denn das geltende Wahlsystem ist nach dem Verlaufe, welchen die Verhandlungen des Landtags genommen haben, nicht mehr in seinen wichtigsten Grundlagen ganz standfest. Die öffentliche Stimmabgabe, welche einen wesentlichen Bestandteil des jetzt geltenden Wahlrechts bildet, ist von beiden Häusern des Landtags fallen gelassen und die Regierung hat sich diesen Beschlüssen der Landesvertretung gefügt. Damit ist die Axt an die Wurzel dieses Teiles des geltenden Wahlrechts gelegt. Es kann als sicherer Bestandteil einer dauerhaften Ordnung des Wahlrechts nicht mehr gelten und birgt, wenn anders es nicht bald durch eine lebenskräftigere Form der Abstimmung ersetzt wird, die Gefahr des Niederbruchs des ganzen Wahlsystems in sich. Wenn daher nach einem etwaigen Scheitern der jetzigen Wahlvorlage auch vorläufig das bisherige Wahlsystem unverändert in Geltung bliebe, so könnte das doch nur für eine kurze Spanne Zeit sein, bis es entweder durch Ausscheidung der morschen Teile sachgemäß reformiert oder mangels einer solchen Reform durch äußeren Druck umgestürzt wird. Daß alsdann in jedem Falle die Aussicht, von dem bisherigen Wahlsystem auf die Dauer möglichst viel zu erhalten, sehr viel geringer sein würde als jetzt, bedarf der näheren Darlegung nicht."

Den Herren von ganz starren System wird das nicht sonderlich angenehm in die Ohren klingen. Und da „Kreuz-Zeitung" und „Deutsche Tagesztg." sich jetzt darüber einig sind, daß die Aussichten des öffentlichen und indirekten Wahlrechts sich mit der Zeit nur bessern können, so darf man annehmen, daß diese Mahnung einen fruchtbaren Boden nicht findet. Uns kanns recht sein. Der Stein ist im Rollen. Aus dem, was nachher kommt, werden gewisse Kreise — zu spät — erkennen, daß es keine verhängnisvollere Politik gibt, als die der verpaßten Gelegenheiten.

Deutsches Reich.

— **Deutschland und England.** In einem Londoner Brief der „Kreuz-Zeitung" vom 9. Mai wird ausgeführt:

Es ist bekannt, daß in der nächsten Umgebung des verstorbenen Königs deutschfeindliche Tendenzen vorhanden waren. Sie haben sich während der Regierung Eduards VII. oft genug, aber nicht mit dem ersehnten Erfolg bemüht, Einfluß zu gewinnen. Es sind schon früher Befürchtungen geäußert worden, sein Nachfolger würde wohl nicht dieselbe Festigkeit gegenüber diesen Einflüssen bezeugen. Im Interesse der Erhaltung des Friedens zwischen den beiden mächtigsten Reichen Europas kann man nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß jene Befürchtungen unbegründet sind; ein bestimmter Anlaß hierzu liegt nicht vor, denn von dem Thronfolger, von seinen Eigenschaften, Gaben und Neigungen weiß man noch viel weniger, als man seinerzeit von seinem Vater wußte, als er bei Lebzeiten der Königin Viktoria seine eigenen Wege ging.

— **Eine Zusammenkunft des Kaisers mit dem Zaren** soll während der diesjährigen Nordlandreise des Kaisers stattfinden. Doch scheint noch nicht festzustehen, wo diese Zusammenkunft erfolgt. Die finischen Schären scheinen diesmal nicht als Ort der Begegnung in Aussicht genommen zu sein; die Wahl schwankt noch zwischen den norwegischen Gewässern und dänischem Grund und Boden. Aus Christiania wird der „Voss. Ztg." gemeldet: Hier verlautet, die russische Kaiserfamilie werde diesen Sommer weniger in den finischen Schären, als in norwegischen Gewässern und in Dänemark, vermutlich auf Schloß Fredensborg, zubringen. Ein offizieller Besuch in der norwegischen Hauptstadt sei nicht vorgesehen, da der Zar den Umständlichkeiten eines offiziellen Empfanges entgehen möchte; übrigens hat König Haakon auch noch keinen offiziellen Antrittsbesuch in Petersburg gemacht. Aber eine Begegnung des Zaren mit dem König der Norweger solle auf der See erfolgen. Weiter will man wissen, Zar Nikolaus und Kaiser Wilhelm würden in den norwegischen Gewässern während der Nordlandsreise des Kaisers eine Begegnung haben. Auch in Kopenhagen sind dieser Tage Meldungen eingegangen, die einen bevorstehenden Besuch der russischen Kaiserfamilie in Dänemark ankündigen. Angesichts dessen erscheint eine Zusammenkunft der beiden Kaiser, sofern eine solche beabsichtigt ist, auf dänischem Boden keineswegs ausgeschlossen, zumal Kaiser Wilhelm schon einige Jahre hindurch seinen gewohnten Besuch in Kopenhagen unterlassen hat.

— **Hansabund und Reichstagswahlen.** Gegenüber einer Meldung, daß der Direktor des Hansabundes angesichts des Wahlergebnisses in Oletzko-Lyck erklärt habe, der Hansabund werde seine bisherige Politik ändern, stellt die Direktion des Hansabundes fest, daß Herr Knobloch von einer Aenderung der Politik des Hansabundes in keiner Weise gesprochen hat. Er hat vielmehr lediglich mitgeteilt, daß es infolge unausgesetzter Bemühungen gelungen sei, eine große Reihe von Reichstagskandidaten der verschiedensten politischen Richtungen aus den Kreisen von Gewerbe, Handel und Industrie zu gewinnen, die der Hansabund den politischen Parteien benennen werde. Auf diesem Wege werde es, wie der Ausfall der Wahl in Oletzko-Lyck-Johannisburg beweise, gelingen, die Kandidaten des Bundes der Landwirte auch aus den scheinbar sichersten Wahlkreisen zu beseitigen. In der Tat ist es die wesentlichste, auch bereits in den Richtlinien vorgezeichnete Aufgabe des Hansabundes, dafür zu sorgen, daß den bündlerischen Kandidaten seitens der politischen Parteien überall solche Kandidaten entgegengestellt werden, welche, wie auch immer ihre politische Parteistellung sein möge, das Wirtschaftsprogramm des Hansabundes, also eine gerechte, alle Erwerbsstände einschließlich der Landwirtschaft gleichermaßen berücksichtigende Wirtschaftspolitik mit aller Energie vertreten werden.

— **Aus der Partei.** Aus Neu-Ruppin schreibt man uns: Zweiundzwanzig Abgeordnete der nationalliberalen Fraktion beider Häuser, darunter Bassermann, Hieber, Junk, Heinze, Wachhorst de Wente, Fuhrmann, Maurer, fanden sich zum Himmelfahrtsausfluge in Neu-Ruppin zusammen, um die Schönheiten dieses Teils der Mark Brandenburg kennen zu lernen und einige Stunden mit den Parteifreunden des Wahlkreises Ruppin-Templin zusammen zu sein. Nach einem Rundgange durch die Stadt, einem kleinen Frühstück, einer durch Regen leider beeinträchtigten Dampferfahrt durch die Seen und einer Wanderung durch den prächtigen Wald vereinigten sich abends etwa 50 Herren zu einem gemeinsamen Essen. Bei diesem „Abschiedsessen der Reichstagsfraktion" gab Bassermann in glänzender Rede einen Ueberblick über die Geschichte der Partei und vor allem über die Tätigkeit in der jetzt zu Ende gehenden Session; er wies hin auf die arbeitsreiche Zeit, die vielen Vorlagen, den heftigen Widerstreit der Meinungen und hob als erfreuliches Zeichen das Wiedererwachen des politischen Gefühls hervor; wirtschaftliche Interessen dürften nicht die Hauptrolle spielen; es sei nach allem anzunehmen, daß das Volk der Denker und Dichter wieder große Ideale aufstellen würden. Prof. Hieber sprach über die gerade in letzter Zeit mehr in die Erscheinung getretene unerfreuliche Stärkung des Partikularismus und betonte, daß gerade die nationalliberale Partei stets das Einzelinteresse habe zurücktreten lassen vor der Wucht des deutschen Einheitsgedankens. In angeregtester Unterhaltung entschwand allzurasch die Zeit, und die Herren schieden mit der erneuten Versicherung, daß sie Neu-Ruppin nicht so bald vergessen und das Ihrige dazu beitragen würden, diesen Wahlkreis zu einem nationalliberalen zu machen.

Bayerische und Pfälzische Politik.

Das bayerische Finanzministerium und die Bierpreiserhöhung.

s. München, 9. Mai. (Von uns. Korrespondenten.) Aus Anlaß des neuen bayerischen Malzaufschlagsgesetzes soll, wie früher schon mitgeteilt, eine Bierpreiserhöhung um durchschnittlich 2 Pfennig eintreten. Gegen jede Erhöhung wird aber seit einigen Wochen in allen Teilen Bayerns energisch Propaganda gemacht. Wie nunmehr verlautet, hat das Finanzministerium, das nun allerdings an dem Bierumsatz sehr interessiert ist, einen Geheimerlaß hinausgegeben, in dem die Beamten aufgefordert werden, keine Gegnerschaft in einem eventuell entstehenden Bierkrieg zu bekunden und sich an Agitationen gegen die Bierpreiserhöhung nicht zu beteiligen. Wer sich gegen diesen Erlaß verfehlt, soll dem Ministerium namhaft gemacht werden. Wenn dieser Erlaß wirklich in dieser Form hinausgegangen ist — und an der Richtigkeit besteht kein Zweifel mehr — dann handelt es sich um einen Eingriff in Privatrechte der Beamten, der nicht so ohne weiteres hingenommen werden kann.

24. Deutscher Berufsgenossenschaftstag.

sh Berlin, 10. Mai.

Unter zahlreicher Beteiligung von berufsgenossenschaftlichen Vertretern aus dem ganzen Reiche trat heute hier im Landwehr-Offizierkasino der 24. Deutsche Berufsgenossenschaftstag zusammen. Der Vorsitzende der Deutschen Berufsgenossenschaften, Direktor Dr. Spiecker (Berlin) eröffnete die Verhandlungen und hieß die Erschienenen willkommen. — Der Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Kaufmann begrüßte die Versammlung mit folgender Ansprache: Ich freue mich, Ihnen meine und des Reichsversicherungsamtes Wünsche für eine erfolgreiche Beratung aussprechen zu können. Auch die Beschlüsse dieser Tagung werden, wie ich hoffe, getragen sein von dem lebhaften sozialen Pflichtgefühl und dem opferbereiten Idealismus, welche die in den gewerblichen Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmer stets bewiesen haben. Ihr Verband hat nach manchen Richtungen, hauptsächlich für die Unfallverhütung, erfreulich gewirkt. Auch ich habe mich bemüht, in wichtigen berufsgenossenschaftlichen Angelegenheiten Fühlung mit dem Verbande zu nehmen, und fand dort immer verständnisvolle Unterstützung. Morgen wollen Sie erneut über den Entwurf der Reichsversicherungsordnung beraten. Wie dieser Entwurf sich schließlich gestalten wird, das weiß ich nicht. Als alter Freund der Berufsgenossenschaften will ich aber dem Wunsche Ausdruck gegeben haben, daß Ihnen auch in Zukunft vergönnt sein möge, erfolgreich zu wirken im freien Spiel der Kräfte.

Darauf erstattete Dr. Spiecker den Jahresbericht. Er machte dabei die Mitteilung, daß in letzter Zeit die mächtigste und die kleinste Berufsgenossenschaft dem Verbande beigetreten seien, nämlich die Knappschaftsberufsgenossenschaft und die Berufsgenossenschaft der Schornsteinfeger. Es fehle jetzt nur noch die Bayerische Holzindustrie-Berufsgenossenschaft. Die gegenwärtige Zeit sei für die Berufsgenossenschaften deshalb so entscheidungsvoll, weil der Entwurf der Reichsversicherungsordnung noch in diesem Jahre verabschiedet werden solle. Wenn die Berufsgenossenschaften wünschen, daß die in 25jähriger Arbeit bewährte Unabhängigkeit, die Selbstverwaltung und das Recht der Rentenfestsetzung erhalten bleiben möge, so glauben sie damit nicht einseitig die Interessen der Arbeitgeber, sondern auch gleichermaßen die Interessen der Arbeiter zu wahren.

Professor Gary behandelte hierauf die „Stellung zu dem Bestreben der Landesregierungen und Polizeibehörden, neben den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften besondere Vorschriften zu erlassen". Als Korreferent sprach hierzu Rechtsanwalt Dr. Bitter (Hamburg). — Es wurde nach längerer Debatte folgende Resolution angenommen:

„Der Verband Deutscher Berufsgenossenschaften weist darauf hin, daß durch das Bestehen zahlreicher Verordnungen und Anord-

---

und den Reiseschilderungen Sven Hedins treue, liebe Gefährten geworden sind. Da jagd eine Zebraherde über die Steppe. Löwen wandern am Wüstenrand. Hinterrücks schleudert ein Grönländer einen gewaltigen Speer nach einem Eisbären. Ungarn und Bosnien zeigen in besonderen Jagdhäusern ihren prunkenden Wildreichtum. Sinnvoll angeordnete Szenen lassen uns die ganze transleithanische Weidmannslust sehen. Auf den blanken Felszacken der Karpathen klettern Gemsen. Ein riesiger Bär stapft aus der Höhle. In einem improvisierten Walde hockt ein ruhender Eber, dessen spaßige Unmutsgrimasse den kleinen, kecken Dackel von der Verfolgung abschrecken soll. Und rings um einen zierlichen Weiher stolzieren ganze Scharen unterschiedlicher Sumpfvögel. Mit künstlerischer Meisterschaft ist hier auf engstem Raume ein respektables Tierepos gedichtet, ein Idyll des vierbeinigen und geflügelten Geschöpfes. Die Bosnier hingegen bebütieren als Dramatiker. Da sieht man eine beklemmende Tiertragödie: einen Bären, der sich in einem Fangeisen kläglich festgeklemmt hat und nach dem Verschmachten eine kulinarische Beute der lüsternen Wölfe sein wird. Da ist eine menschliche Diebskomödie: sie zeigt einen fanatisch gekleideten Bosnier, der trotz gesetzlichen Verbots mit einem schwarz-weiß gewürfelten Tuch — dem Ihram — die Steinhühner von ihren Brutstätten lockt. Da ist endlich eine groteske, peinliche Szene, die ein gefallenes Saumtier darstellt, auf das sich Aasgeier zu gierigem Fraß niederstürzen. Und im Obergeschoß zeigt man uns hunderte und tausende Waffen, die man den Wilderern abgenommen hat, Schlagringe und Pistolen, Fangeisen und ganz primitive Büchsen mit hölzernen Hähnen. Das gibt ein wirksames Bild von einem Lande, in welchem das Auge des Gesetzes noch nicht so sicher über allen Geschehnissen wacht, in welchem noch ein leiser Blutdurst über Wegen und Feldern, Saumpfaden und Bergrücken schwebt. Man muß überhaupt sagen: die Technik des Wilderer- und Raubschützengewerbes hat eine frappierende Kulturstufe erreicht. Da sieht man einen zierlichen Spazierstock mit einer netten, handlichen Hornkrücke, aber ein Druck und ein sanfter Zug genügt, und das harmlose Stöckchen ist ein treffsicherer Hinterlader. Da sind ganz banale Feldgeräte, die sich auf einmal zu Jagdgewehren umstülpen. Und da hängen an einer Wand zwei Originaltodesurteile, die im 12. Jahrhundert an böhmischen Wilderer vollzogen wurden.

Es ist ja selbstverständlich, daß Sie in einer Jagdausstellung unzählbare Jagdkuriosa aus Vergangenheit und Gegenwart finden. Die 18-Ender Kaiser Wilhelms und den ersten Hirschen Franz Josefs, den letzten unseres verstorbenen Kronprinzen und die berühmten 17 Kilo schweren Geweihe aus dem sächsischen Jagdschloß Moritzburg. Dann Geweihabnormitäten von absonderlicher, skurriler Art wie dem steirischen Perückenhirschen und das kanadische Moosbear mit den kaktusförmig ausgeweiteten Geweih. Altes Jagdzeug mit wundervollen Verzierungen aus Silber und Gold, Elfenbein und Perlmutter und kostbare persische Pistolen mit Brillanten und Smaragden besetzt. Dann uralte Jagdszenen, die auf Steinplatten den Hirschfang mit Lassos darstellen und in den bosnischen Bozumilengräben gefunden worden sind. Man kommt aus dem Staunen, Schauen und wiederum Verwundertsein nicht heraus. Mit wachen Sinnen geht man durch die Straßen dieser Ausstellung. Ueberall begegnet man frischen Menschen mit hellen, mutigen Augen und festen Schritten. Ein Hauch starkmütigen, herzhaften Lebens schwebt über der kleinen Stadt rings um die Rotunde. Sie wirkt wie eine erfrischende Douche nach einem Tag mühseliger Arbeit .....

Dr. Hans Wantoch.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Eine Markgräfler Hebelfeier.

Hausen i. W., 1. Mai.

Im Heimatsdorfe des berühmten alemannischen Dichters Johann Peter Hebel beging man heute in feierlicher Weise die Erinnerung an den 150. Geburtstag Hebels, zu welchem sich viele tausende von Hebelverehrern aus dem ganzen Markgräflerlande und ganz besonders aus Basel eingefunden hatten, sodaß die Wiesentalbahn den Verkehr kaum bewältigen konnte, war doch für diese Feier ein prächtiger historischer Festzug in Aussicht genommen.

Durch Böllerschüsse von der Anhöhe über dem Dorfe wurde der Festtag angekündigt und ziemlich früh trafen die ersten Gäste ein, die am Bahnhof von den Vertretern der Gemeinde in feierlicher Weise empfangen und nach dem Gasthaus zur Linde geleitet wurden, wo sich die Vorfeier und das traditionelle Hebelmähli abwickelte.

Vor dem Hebelmähli fand im Schulhaus in Gegenwart sämtlicher Schüler und der geladenen Gäste der eigentliche Festakt statt, bei welchem der Bürgermeister, der Ortspfarrer u. a. kürzere und längere Ansprachen hielten und das Gedächtnis Hebels in würdiger Weise feierten. Alsdann begaben sich die Gäste in die Linde, wo für sie festlich gedeckt war. Das Hebelmähli wickelte sich in der üblichen Weise ab.

Während des Nachmittags kamen dann die übrigen Gäste, diesmal in ganz ungewöhnlicher Zahl, zu Fuß, per Wagen und mit Fahrrädern, alle wollten sie dabei sein an der Erinnerungsfeier für „ihren" Hebel. Der Festort ließ sich natürlich nicht nehmen, die zahlreichen Gäste würdig zu empfangen, überall hat man

nungen der Landes-Zentral- und Polizei-Behörden zur Sicherheit der Betriebe neben den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften, insbesondere wenn dieselben nicht übereinstimmen, erhebliche Schwierigkeiten entstehen. Der Verband hält es deshalb für notwendig, daß die Berufsgenossenschaften alsbald zu einer Vereinheitlichung ihrer Unfallverhütungsvorschriften in ihrem allgemeinen Teile schreiten und dafür sorgen, daß bei Erlaß dieser Vorschriften und ebenso bei Erlaß von Verordnungen der Landeszentral- und Polizeibehörden durch Vermittelung des Reichsversicherungsamtes Unstimmigkeiten vorgebeugt werde."

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung „Zusammenwirken der Berufsgenossenschaften mit den Vereinen vom „Roten Kreuz" berichtete Präsident Dr. Kaufmann über die Schritte, welche bisher in dieser Angelegenheit getan worden sind. — In der Diskussion empfahl Herzog (Danzig) für die Angelegenheit einen Ausschuß einzusetzen. — Dr. Segnitz (Sachsen) befürwortete, den Berufsgenossenschaften freie Hand zu lassen, was sie tun wollten. — Präsident Dr. Kaufmann betonte, daß es jetzt nötig sei, die Sache in einer Hand zu lassen und Versuche zu machen. — Nach kurzer weiterer Debatte erklärte sich die Versammlung mit den Ausführungen Dr. Kaufmanns einverstanden.

Bei den Wahlen wurde Direktor Dr. Spiecker zum Vorsitzenden wiedergewählt, zum Stellvertreter Justizrat Wandel (Essen) und zum Schriftführer Geheimrat Emil Jacoby (Berlin).

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 11. Mai 1910.

* **Herr Generalkonsul Pradère-Niquet**, der Vertreter Frankreichs in hiesiger Stadt, hat vor kurzem Mannheim verlassen, um nach Paris überzusiedeln, das er sich als seinen Ruhesitz gewählt hat. Das Bedauern über das Scheiden dieses hervorragenden Beamten und liebenswürdigen Menschen ist allgemein. Hat Herr Pradère-Niquet es doch in den 4 Jahren seines Hierseins verstanden, die allgemeine Sympathie und besondere Wertschätzung aller zu gewinnen, mit denen er amtliche oder gesellschaftliche Beziehungen anknüpfte. Man war erstaunt, daß ein Mann von seiner Rüstigkeit, Arbeitsfreudigkeit und Geschäftsgewandtheit vorzeitig von seinem Posten abberufen und von der französischen Regierung in Ruhestand versetzt worden ist. Jedoch erklärt sich dies einfach durch die in Frankreich geltenden gesetzlichen Bestimmungen, wonach Staatsbeamte nur bis zum 60. Lebensjahre im aktiven Dienst bleiben können, gleichviel, ob sie nach Jahre hinaus dienstfähig oder in unserem Sinne pensionsreif sind. Die nahen Beziehungen, die Herr Pradère-Niquet zu den staatlichen und städtischen Behörden, wie zu den Vertretern des Handels und der Industrie in hiesiger Stadt unterhielt, verschafften ihm als einem scharfblickenden und rasch informierten Beobachter eine gründliche Kenntnis der kommunalen und wirtschaftlichen Verhältnisse Mannheims, und es ist vielleicht bisher nicht allgemein bekannt geworden, daß seine Vertrautheit mit unseren einheimischen Verhältnissen ihn wiederholt in die Möglichkeit versetzte, Mannheim wichtige Dienste zu leisten. Das allerdings wird noch in frischer Erinnerung sein, welche hervorragenden Verdienste er sich um die hiesige Jubiläumsausstellung 1907 erworben hat. Seinem Organisationstalent verdankten wir die Ausstellung französischer Blumenmaler, seiner geschickten Vermittlungstätigkeit und seinem weitreichenden Einfluß war es in erster Linie zuzuschreiben, daß die französischen Obstzüchter sich in so umfassender Weise an der hiesigen Ausstellung beteiligten. Diese vielseitige verdienstvolle Tätigkeit des französischen Konsuls ließ die hohen Vorteile erkennen, welche sich für eine Stadt aus der richtig angefaßten amtlichen Arbeit eines Berufskonsulats ergeben. Mannheim wird Herrn Generalkonsul Pradère-Niquet, des sind wir gewiß, ein freundliches Andenken bewahren und wünscht ihm im Ruhestand noch viele Jahre voll rüstiger Gesundheit und behaglicher Lebensfreude!

* **Bei Erteilung von Jagdpässen an Ausländer** sollen künftighin bestimmte Gebiete im Interesse der Landesverteidigung ausgeschlossen werden. Das Ministerium des Innern hat der Zweiten Kammer des Weiteren einen Gesetzentwurf vorgelegt, der Bestimmungen enthält, wonach Reichsausländern der Jagdpaß ohne Weiteres verweigert werden kann.

* **Das Prädikat Werkmeister** haben nachgenannte Kandidaten, die die in diesem Jahre abgehaltene Prüfung für den bahn- und tiefbautechnischen Dienst bestanden, erlangt: Johannes Frey von Neckarelz, Emil Fritz von Bretten, Ludwig Herbst von Hochstetten, Eugen Herold von Heidelberg, Emil Hug von Pforzheim, Gustav Wörner von Rastatt.

* **Die Entwicklung des deutschen Eisenbahnwesens.** Ueber dieses wichtige Thema spricht morgen Donnerstag Herr Dr. Ernst Roseher aus Berlin im hiesigen Bezirksverein des Vereins für Handlungs-Commis von 1858. Der Vortrag findet abends 9 Uhr im Restaurant „Faust", Friedrichsplatz 6, 2. Stock, statt und es sind auch Nichtmitglieder herzlich willkommen.

* **Verkehrsstockung.** Heute mittag kurz vor 2 Uhr brach in der Nähe der Rheinbrücke an einem Wagen der Firma Joh. Schuh, Weinhandlung in Schwetzingen, das rechte Hinterrad, sodaß sich der Wagen direkt auf die beiden Gleise der elektrischen Straßenbahn legte. Der Wagen war mit Holz beladen, wie es zur Fabrikation der Weinfässer Verwendung findet. Das Holz kollerte auf die Straße. Bis zur Beseitigung des Hemmnisses hatte die Elektrische eine Stockung von mindestens 10 Minuten zu verzeichnen. Der zusammengebrochene Wagen blieb auf der anderen Seite des Fahrweges, wohin er geschleift wurde, bis man Hilfe der Bürgerbräu-Brauerei Ludwigshafen requiriert hatte, liegen.

* **Ein Wetterphänomen.** Kurz nach ½5 Uhr verfinsterte sich plötzlich der südliche Himmel derartig, daß vollständige Finsternis herrschte. Wir haben, um die Intensität der Finsternis festzustellen, die elektrische Beleuchtung ein- und ausgeschaltet und dabei konstatiert, daß es so finster wie in der Nacht war. Eine derartig starke Verfinsterung gehört zweifellos zu den größten Seltenheiten. Vielleicht ist einer der hiesigen Meteorologen so liebenswürdig, uns Aufklärung über die Ursachen des Phänomens zu geben. Die Verfinsterung dauerte ungefähr 10 Minuten. Dann wurde es plötzlich wieder taghell. Der südliche Himmel, der ganz schwarzbraun gewesen war, wurde blendend weißgrau. Einige Minuten später wiederholte sich die Verfinsterung, aber sie war nicht intensiver, als bei einem schweren Gewitter.

* **Der Polizeibericht.** Das „Heidelberger Tagbl." schreibt: „Dem verehrlichen Publikum sei hiermit zur Kenntnis gebracht, daß die hiesigen Blätter fortan nicht mehr in der Lage sein werden, den Polizeibericht zu veröffentlichen. Die mit seiner Herstellung betrauten Beamten forderten nämlich für seine weitere Abgabe eine Vergütung, ein Ansinnen, dem die hiesigen Tageszeitungen nicht — oder nicht im gewünschten Umfang — entsprechen konnten, da sie die Veröffentlichung des Berichtes in erster Linie als im Interesse der Oeffentlichkeit, in zweiter Reihe im Interesse der Behörde und erst in letzter Hinsicht im Interesse der Blätter selbst gelegen ansehen müssen. Die Mitteilungen des Polizeiberichts werden sich also in Zukunft nur auf „wichtigere Vorfälle polizeilicher und krimineller Natur, soweit diese im dienstlichen Interesse gelegen ist", erstrecken, da in diesen Fällen die Abfassung des Berichtes zu den „Dienstaufgaben" des damit betrauten Organs der Behörde gehört (Erlaß des Ministeriums des Innern an Großh. Bezirksamt Heidelberg vom 4. März 1910). Eine besondere Lücke wird die Neuordnung der Dinge nicht verursachen, da wichtigere Lokalereignisse (als Unfälle, Krawalle usw.) auch auf anderem Wege zur Kenntnis der Redaktionen zu kommen pflegen, desgleichen Reisen von Fürstlichkeiten usw. Ueber all das wird also auch in Zukunft berichtet werden können." — Die Herstellung des Polizeiberichts könnte auch in Mannheim eine Remedur vertragen. Vor allen Dingen würden es die hiesigen Zeitungen als eine große Erleichterung empfinden, wenn sich die Kriminalpolizei dazu verstehen würde, wichtige Vorkommnisse der Lokalredaktion sofort telephonisch mitzuteilen. Die Redaktionen wären dann in der Lage, die Recherchen nach Einzelheiten mit etwas mehr Ruhe anzustellen, als es jetzt der Fall ist. Wir denken dabei vor allem an den jüngsten schweren Fall, die Mordtat in Waldhof, die den Zeitungen erst um 9 Uhr durch den Polizeibericht bekannt wurde. Da die hiesigen Zeitungen als Mittagsblätter durchweg in der elften Vormittagsstunde in Druck gehen, so kann man sich wohl einen ungefähren Begriff davon machen, wie sich die Berichterstatter abhetzen mußten, damit ihre Blätter noch einige Einzelheiten am Freitag bringen konnten. Daß unter solchen Umständen nicht alle Mitteilungen sich durch Genauigkeit und Richtigkeit auszeichnen konnten, liegt auf der Hand. Die Kriminalpolizei, die ja auch weiß, wo die Zeitungsredaktionen zu finden sind, wenn es sich um Veröffentlichungen von Mitteilungen handelt, die die Recherchen erleichtern sollen, würde sich also ein Verdienst erwerben, wenn sie unserer Anregung Folge geben würde.

* **Aus dem Schöffengericht.** Einen Auflauf führte der Taglöhner Eduard Gehringer am 17. April d. J. zwischen G 6 und G 7 durch Mißhandlung einer Kellnerin herbei. Dem einschreitenden Schutzmann setzte er einen derartigen Widerstand entgegen, daß dieser zu seinem eigenen Schutze den Säbel ziehen mußte. Er suchte dann den Säbel des Schutzmanns über dem Knie zu zerbrechen. Der Schutzmann machte nun von dem Gummiknüppel Gebrauch. Außerdem beschimpfte der Exzedent auch den Schutzmann. Das Urteil lautet auf eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und 2 Wochen Haft, wovon die letztere durch die Untersuchungshaft verbüßt ist. — Die Wirtschaft „Zum alten Fritz" in Neckarau wurde am 13. März ds. Js. durch das Bombardement von sechs Rowdies vollständig in einen Trümmerhaufen verwandelt. Als die Schlacht geschlagen, zählte man an zerbrochenen Gegenständen: 13 Stühle, 65 Gläser, einige Literkrüge und 3 Streichholzständer, 1 Gaslampe, das Buffet, das Manometer und der Schaden betrug über 100 Mark. Die Burschen hatten saubere Arbeit gemacht, nichts war im Lokale mehr ganz geblieben. Und um nichts war der Streit entstanden: der wahre Urheber war wieder der Alkohol. Zwei der angenehmen Gäste müssen noch einmal eine besondere Einladung an das Schöffengericht erhalten. Verurteilt wurden der Fabrikarbeiter Ludwig Meßbauer zu 4 Wochen, die Fabrikarbeiter Josef Wilhelm, Josef Köck und Emanuel Matschini zu je 3 Wochen Gefängnis.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 80. Sitzung.

J. W. Karlsruhe, 11. Mai.

Am Regierungstisch sind anwesend Minister Frhr. v. Marschall, Minister des Innern Frhr. v. Bodman, Ministerialdirektor Schulz und verschiedene Regierungskommissare.

Auf der Tagesordnung steht, die Abstimmung über das Betriebsbudget der Verkehrsanstalten und die dazugehörigen verschiedenen Anträge, sowie 2 Interpellationen der sozialdemokratischen Fraktion, die

Bauarbeiter und die Beschäftigung ausländischer Arbeiter betr.

Es wird sofort in die Tagesordnung eingetreten und die Abstimmung vorgenommen. Diese ergibt: Die Positionen des Betriebsbudgets werden nach dem Antrage der Kommission angenommen. Die von der Regierung angeforderten 150 000 M. für den Umbau von Wagen 3. Klasse in Wagen 4. Klasse werden einstimmig abgelehnt. Weiter wurde der Regierung die Ermächtigung, daß die im laufenden Budget zu beschaffenden Wagen 3. Klasse auch nach dem Bau der Wagen 4. Klasse angeschafft werden dürfen, versagt. Damit hat die 2. Kammer sich einstimmig gegen die Einführung der 4. Wagenklasse erklärt.

Ueber den Antrag Muser die Festlegung allgemeiner Grundsätze für Personen- und Güterverkehr wird besonders abgestimmt, die zulässigen Höchstsätze betr. werden mit 39 gegen 24 Stimmen abgelehnt.

Von dem Antrag des Abg. Bechtold und Genossen wird der Punkt A dahingehend, die Regierung zu ersuchen, alsbald mit den übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen in Verhandlungen zu treten, behufs Abschaffung der 1. Wagenklasse im Personenverkehr einstimmig angenommen. Der 2. Teil des Antrages, die Regierung zu ersuchen für die badischen Staatseisenbahnen alsbald für die Schnellzüge das Kilometerheft wieder einzuführen und zwar 1000 Kilometer 3. Klasse zum Preise von 25 Mark, für 1000 Kilometer 2. Klasse zum Preise von M. 35, für 500 Kilometer 3. Klasse zum Preise von M. 12.50, für 500 Kilometer 2. Klasse zum Preise von M. 17.50 und die Kilometerhefte für übertragbar zu erklären, mit 39 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Damit ist zugleich der Antrag des Abg. Kolb abgelehnt.

Die Resolution dahingehend: Die 2. Kammer spricht ihr Bedauern aus, daß die Großh. Regierung im Widerspruch mit den Erklärungen im Jahre 1906, die Abschaffung des Kilometerheftes angeordnet und die Zahl der beschleunigten Personenzüge ohne Zustimmung der Landstände vermindert hat, wird mit 42 Stimmen des Großblocks angenommen.

Die Denkschrift der Großh. Regierung über die Einführung der 4. Wagenklasse wird damit als erledigt erklärt.

Darauf wird in die Beratung der sozialdemokratischen Interpellationen eingetreten.

Abg. Maier (Soz.) begründet folgende Interpellation:

Ist es der Großh. Regierung bekannt, daß entgegen den gegebenen Versprechungen und im Widerspruch zu einer ministeriellen Verfügung bei Staatsbauten eine große Anzahl ausländischer Arbeiter beschäftigt sind, während viele einheimische Arbeiter abgewiesen werden?

Der Redner beschäftigte sich zunächst mit der Einwanderung ausländischer Arbeiter im Allgemeinen. Er führt aus: Wir sind im Allgemeinen mit den hierzu vom Minister des Innern erlassenen Verfügungen zufrieden. Auf Staatsbauten werden von den Unternehmern eine sehr große Anzahl ausländischer Arbeiter beschäftigt, während viele deutsche Arbeiter beschäftigungslos sind und waren. Die großen Firmen pfeifen auf die Bestimmungen der Regierung. Es ist doch nicht mehr als recht und billig, daß die deutschen Arbeiter vorerst beschäftigt werden und nicht arbeitslos herumlaufen müssen, während italienische Arbeiter in großen Truppen beschäftigt werden.

Abg. Willi (Soz.) begründet die Interpellation über die Krisis im Baugewerbe. Diese lautet:

Ist die Großh. Regierung bereit, Auskunft darüber zu erteilen, ob und in welcher Weise die Unternehmer angehalten werden, auch während der Dauer der Bauarbeiteraussperrung die staatlichen Bauten weiterzuführen?

Er führt aus: Heute ist dem Hause ein Schreiben der Arbeitgeber des Baugewerbes zugegangen, worin eine Behauptung enthalten ist über einen auf Polierer ausgeübten Druck damit sie der Organisation beitreten. Die Behauptung ist durchaus unwahr. Der Redner schildert in längeren Ausführungen den Kampf, der jetzt im Baugewerbe entbrannt ist. 300 000 Arbeiter sollten ausgesperrt werden. Es sind aber nach unseren Feststellungen nur 130 000 davon betroffen. Nichtsdestoweniger sind die Folgen groß und die Kategorien, die mit dem Baugewerbe in Verbindung stehen, sind in Mitleidenschaft gezogen worden. In Baden ganze Ortschaften, die fast nur von Bauarbeitern bewohnt werden; hier ist jetzt alles beschäftigungslos und das Elend ist groß. Es ist kein Verdienst vorhanden und infolgedessen auch keine Konsumfähigkeit. Die Bauarbeiter haben jetzt 14 Tage auf die Unterstützung der Organisationen verzichtet, um Stand halten zu können. Sie wollen sich der Macht der Arbeitgeber nicht beugen und sich das Recht der Organisation nicht nehmen lassen. Vom Kampf werden Tausende von unschuldigen Frauen und Kindern mitbetroffen. Wir wollen den Staat nicht veranlassen, in den Kampf einzugreifen, um die Unternehmer zu veranlassen, sich mit den Arbeitern zu verständigen. Die Unternehmer sollten nur angehalten werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die staatlichen Arbeiten fortzuführen. Die Arbeitgeber haben Waffen im Kampfe genug, sie dürfen daher von der Regierung nicht unterstützt werden. Würde gestattet, daß die Arbeiten eingestellt werden, so hieße das die Position der Arbeitgeber verstärken, und die nötige Neutralität der Regierung würde nicht gewahrt. Redner gibt einige Beispiele, wo Behörden nicht die nötige Unparteilichkeit wahrten. Die Unternehmer müßten gezwungen werden, die Bauten fortzusetzen. Die Verträge, die eingegangen sind, müssen gehalten werden.

Minister Freiherr von Marschall verweist in der Beantwortung der ersten Interpellation auf die Stellungnahme des Staatsministeriums, die im § 11 der Verwaltungsvertragsbedingungen gegeben ist. Auf diese Bestimmungen und Pflichten ist vom Eisenbahnminister wiederholt hingewiesen worden, die strikte Befolgung verlangt. Von den unternehmenden Firmen wurde darauf hingewiesen, daß brauchbare deutsche Arbeiter nicht genügend vorhanden sind. In Heidelberg war ein absoluter Mangel vorhanden. Verschiedene Firmen haben zu ausländischen Arbeitern greifen müssen, weil die nötige Anzahl deutscher Arbeiter fehlte. Von Firmen, die Arbeiten auf Grund der neuen Bestimmungen ausführen, werden 78 Prozent deutsche und 22 Prozent ausländische Arbeiter beschäftigt. Von solchen Firmen, die Arbeiten nach den alten Bestimmungen ausführen, werden 67 Prozent deutsche und 33 Prozent ausländische Arbeiter beschäftigt. Die Eisenbahnverwaltung ist fortgesetzt bemüht, daß die Beschäftigung der ausländischen Arbeiter abnimmt. Eine Mannheimer Firma hat ebenso kein Angebot einheimischer Arbeitskräfte erhalten. Es ist der Verwaltung kein Fall zur Kenntnis

---

ihnen ein herzliches „Gottwilche" und wie sich der Festort herausgeputzt hatte, kein Haus war ohne Flaggen- oder Blumenschmuck, ganz besonders aber Hebels Heimathaus und auch das schlichte Hebeldenkmal wurde wieder neu herausgeputzt. Dieser freundliche Empfang hat die Gäste sichtlich erfreut und man hörte nur allgemeine Anerkennung über die Bevölkerung von Hebels Heimatort.

So ist es denn allmählich vier Uhr nachmittags geworden; eine mächtige Menge wogte in den Straßen des sauberen Dorfes, als plötzlich ein kalter Regenschauer einsetzte, der während des ganzen Umzuges auch anhielt und dadurch das Ganze sehr beeinträchtigte.

Flott kostümierte Herolde zu Pferde eröffneten den Zug; dann folgte die Musik und verschiedene Vereine und mit Spannung wartete man auf die kostümierten Gruppen. Der erste Wagen stellte die Wiesenquelle und den Dengelegeist dar und die Wiele als „Meibeli"; nei, so lueg doch, wie la mii Meibeli springe!" Der zweite Wagen und der dritte zeigen die Wiese als Markgräflerin, die Vereinigung der großen und der kleinen Wiese und die Vereinigung der Wiese mit dem Rhein; im Gefolge sieht man Trachten des hinteren und vorderen Wiesentales, sowie auch Schweizertrachten.

Der vierte Wagen bringt Szenen aus Hebels „Schmelzofen" mit sehr interessantem Gefolge bestehend aus Bergknappen, Schmelzer, Hammerschmiede, Kollenbuben, Kohlen- und Erzträgerinnen, Steinklopfer. Der fünfte Wagen stellt uns eine gemütliche Schwarzwälder Spinnstube, die Hebel so schön zu schildern wußte. „Der Karfunkel" wird mit dem sechsten Wagen zur Darstellung gebracht; gar prächtig ist der Kapuziner und das Kätterli, das den Herrn Vater um ein „Helgli" so schön bitten kann. Dahinter sieht man eine kreuzfidele Wirtsstube mit kartenspielenden Bauern, die eifrig in ihrem Geschäfte sind.

Der siebente und achte Wagen zeigt Szenen aus der „Hähnetjungfrau" und der neunte Wagen führt uns das Herlein und der Knabe im Erdbeerschlag vor mit sehr illustrem Gefolge.

Gerade stürmischen Beifall erntete der letzte Wagen, der den Weltuntergang nach Hebels Betrachtungen im Schatzkästlein darstellt. Der Wagen zeigt in der Mitte die Weltkugel, die vom Halleyschen Kometen bedroht ist; als letzte Rettung wird auf ein Zeppelin-Luftschiff verwiesen, mit welchem man die Fahrt nach dem Mars antreten kann.

Sinnreich in der Darstellung, flott in der Ausstattung und Kostümierung, konnte sich der Festzug sehen lassen und der Kritik standhalten. Bedauerlich war nur, daß es während des Umzuges unaufhörlich und stark geregnet hat, wodurch das Ganze doch sehr beeinträchtigt worden ist. Der Festzug soll am Pfingstsonntag, wenn das Wetter günstig ist, nochmals wiederholt werden. Die Großzahl der Gäste verließ mit den folgenden Zügen das gastfreundliche Dorf, nicht ohne zuvor noch dem Denkmal und dem Hebelhaus einen Besuch zu machen. Am Denkmal hatten Schwetzinger Hebelfreunde einen Kranz niedergelegt.

* * *

Störungen in der Bahn des Halleyschen Kometen. Störungen des Halleyschen Kometen, die bereits von den Astronomen festgestellt werden konnten, sind durch seinen Vorübergang an der Venus verursacht worden. Hierdurch ist, wie man jetzt festgestellt hat, auch seine Lage wesentlich geändert, so daß interessante Vorgänge bevorstehen, falls die Erde am 18. Mai durch dichtere Teile des Kometenschweifes hindurchgehen sollte.

Der Verein pfälzischer Künstler und Kunstfreunde veranstaltet im Juni seine 2. Ausstellung, diesmal im Heydenreichhaus zu Speyer. Während die Neustadter Ausstellung nur eine Vorprobe, eine Heerschau der vorhandenen Kräfte war, soll bei der Speyerer Ausstellung ein strengerer Maßstab angelegt werden, um in straffer Selbstzucht zu beweisen, daß die pfälzer Künstler auch vor gerechter fachkundiger Beurteilung die Feuerprobe bestehen. Die Zulassung von Kunstwerken zur Ausstellung ist deshalb von einer besonders eingesehenen Jury abhängig.

MARCHIVUM

nis gekommen, daß Unternehmer einheimische Arbeiter zurückgewiesen haben.

Was die zweite Interpellation betrifft, so habe ich namens der Regierung zu erklären, daß sie auf dem grundsätzlichen Standpunkt steht, daß sie bei Lohnkämpfen in der Regel unparteiisch sein muß. Die Maßregeln, die nur einer Partei zu Gute kommen, sind nur zutreffend, wenn größere allgemeine Interessen oder Volksgüter in Frage kommen. Von diesem Standpunkt abzuweichen, liegt kein Anlaß vor. Was nun die gesetzliche Grundlage betrifft, so ist ein Einschreiten der Regierung nur möglich, wenn durch die Unterbrechungen ein Einhalten der Fertigstellungs-Termine in Frage gestellt ist. Bisher hat die Unterbrechung einen nennenswerten Einfluß nicht ausgeübt, und daß die Fertigstellung ausgeschlossen, erscheint bisher nicht feststehend. Es fehlt also an den Voraussetzungen der Interpellation. Würde sich die Regierung auf den Standpunkt stellen, so würden zweifelhafte Prozesse die Folge sein.

Darauf wird die Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Knebel (Ztr.): Ich schließe mich den Ausführungen des Abg. Maier an, der der Regierung die Zufriedenheit ausdrückt über die Verfügung betr. die Einwanderung der ausländischen Arbeiter. Bei der Landwirtschaft ist es nicht möglich, die ausländischen Arbeiter zu entbehren, sie kann ohne diese nicht auskommen. Nun zu der zweiten Interpellation. Die Regierung würde meines Erachtens einen Druck auf die Arbeitgeber ausüben, wolle sie die Erfüllung der Verträge verlangen. Sie kann nichts anderes tun, als auf eine Einigung hinwirken. Es gab eine Zeit, wo Sie zu den Sozialdemokraten zentrale Tarife verlangten. Heute werden im Baugewerbe lokale Tarife verlangt. Nichts erreichen Sie mehr, wenn Sie sich auf den Boden des Klassenkampfes stellen, sondern auf einen ethischen Boden, wie es der Abg. Willi tat, indem er auf die notleidenden Frauen hinwies. Redner erörterte dann die Lohnfrage. Es gibt fleißige und nicht fleißige Arbeiter, gelernte und ungelernte. Der Standpunkt der Arbeitgeber ist daher nur berechtigt. Aehnlich ist es mit der Akkordarbeit. Den schroffen Standpunkt, den die Arbeitgeber in den verschiedenen Fragen der Arbeitszeit einnehmen, werden sie wohl fallen lassen. In der Frage des Arbeitsnachweises stehe ich auf dem Standpunkt der Arbeiterschaft. Der Arbeitsnachweis soll paritätisch sein. Erfreulich ist es, daß auch die badische Regierung sich hierfür ausgesprochen hat.

Abg. Rebmann (natl.): Mit den Ausführungen der Regierung über die erste Interpellation kann ich mich einverstanden erklären, sowie mit dem ganzen Geiste, der aus ihr herausweht. Ich wünsche nur, daß dieser Geist auf alle Verfügungen übergreift. Es ist zweifellos, daß wir an der Beschäftigung unserer heimischen Arbeiter ein lebhaftes Interesse haben. Nur werden wir den Zuzug von ausländischen Arbeitern nicht verhindern können, vor allem nicht, weil es Arbeiten gibt, die die Mehrzahl unserer Arbeiter nicht ausführen will. Aber im allgemeinen sind ausländische Arbeiter doch unerwünschte Gäste, auch aus praktischen Gründen. Sie verstehen es mit seltener Virtuosität, sich der Steuerzahlung zu entziehen.

Nachtrag zum lokalen Teil.

* An dem Frühstück im Schloß nahmen am Montag teil: der Großherzog und die Großherzogin mit Gefolge, Oberhofmarschall v. Freystedt, Generaladj. Generalleutnant Dürr, Major von Braun, Oberhofmeister v. Stabel, Hofdame Freiin v. Stockhorner, Kammerherr v. Göler, Landgerichtspräsident Eller, Landeskommissär Dr. Becker, Geh. Rat Dr. Clemm, Polizeidirektor Dr. Korn, Oberst Wild v. Hohenborn, der nachhabende Offizier (Leutnant), Oberbürgermeister Martin, Gendarmerie-Major Faller, Generalkonsul Geh. Kommerzienrat Reiß, Major v. Seubert, Reichstagsabg. Bassermann, Oberamtmann Carl Eckhard, Geh. Kommerzienrat Röchling, Dr. Carl Lanz.

* **Durch einen Windstoß eine Schaufensterscheibe eingedrückt.** Während der „ägyptischen Finsternis", die heute nachmittag plötzlich einsetzte, wurde durch einen kolossalen Windstoß bei Kaufmann an der Ecke der Planken und der Breitenstraße eine Schaufensterscheibe eingedrückt. Die in dem nach den Planken gelegenen Schaufenster ausgestellten Waren, vor allem die wertvollen Kostüme wurden durcheinander geworfen und schwer beschädigt. Der Schaden durch die Zertrümmerung der Scheibe dürfte ziemlich bedeutend sein. Der Vorfall verursachte einen großen Menschenauflauf.

Polizeibericht

vom 11. Mai 1910.

Zimmerbrand. Gestern nachmittag brach auf noch unaufgeklärte Weise im Hause S 3, 10 ein Zimmerbrand aus, welcher von Hausbewohnern wieder gelöscht wurde. Der Schaden wird auf etwa 180 Mark taxiert.

Unfälle. Vor dem Portal des hiesigen Hauptbahnhofes fiel heute früh 9¼ Uhr ein lediger Bäcker aus Oberneudorf infolge eines epileptischen Anfalls bewußtlos zusammen und mußte mit dem Sanitätswagen in das Allgem. Krankenhaus verbracht werden. — Aus gleichem Anlaß stürzte gestern nachmittag auf der Beilstraße ein lediger Taglöhner, wohnhaft hier, zu Boden und mußte nach seiner Behausung verbracht werden.

Verhaftet wurden 11 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 6 Taglöhner von hier, welche in der Nacht vom 9. zum 10. ds. Mts. in eine Wirtschaft in der Heinrich Lanzstraße widerrechtlich eindrangen und den Wirt und seine Ehefrau beschimpften und durch Werfen mit Biergläsern erheblich verletzten. Auch sollen sie bei diesem Anlaß Geld aus der Buffetkasse gestohlen haben. Außerdem wurde verhaftet ein verheirateter Kaufmann (Geschäftsreisender) aus Wriezen wegen Erregung öffentlichen Aergernisses durch Vornahme unzüchtiger Handlungen im Schloßgarten.

Sportliche Rundschau.

Zweite internationale Flugwoche in Johannistal.

⊡ Berlin, 11. Mai. (Von unserem Berliner Bureau.) Bei dem gestrigen vormittägigen Wettfliegen bewarben sich nur die beiden Wrightpiloten, Kapitän Engelhard, der einen Wrightschen Doppeldecker führte (Neue Aktiengesellschaft Wright, Motor 33 Pferdekräfte) und Keibel, der den gleichen Apparat führte und der Farmanflieger Jeannin, der einen Farman-Doppeldecker (Argus-Motor 55 Pferdekräfte) benützte, um die Preise, vor allem um den Tagesfrühpreis. Aber sie konnten sämtlich nicht über eine Runde kommen. Die Apparate wurden dann wieder in die Schuppen gebracht und bis 5 Uhr blieb der Platz fast vollständig leer. Die Startkommission stimmte der Verschiebung der Flüge bis 5 Uhr zu. Die 3 Bewerber traten dann nochmals in die Schranken. Als Erster flog wiederum Kapitän Engelhard. Der sonst so stabile Wrightsche Apparat wurde von den heftigen Windböen hin- und hergeworfen. Als er die zweite Runde glücklich beendet hatte, stieg auch Jeannin in die Höhe. Kapitän Engelhard wendete bei der dritten Runde und landete glatt vor dem Wrightschen Schuppen. Der erste Flugpreis von 1000 M. war erledigt. Währenddessen kämpfte Jeannin um das zweite Geld. In der zweiten Runde wurde er jedoch durch eine Böe zu Boden gedrückt, wobei der Apparat schwer beschädigt wurde. Unterdessen hatte Kreidel gestartet. Aber schon nach Dreiviertelstunden warf ihn ein Windwirbel so stark zu Boden, daß der Apparat vollständig zerstört wurde. Somit hat nur Kapitän Engelhard einen Preis errungen. Die 3 Runden (7500 Meter) hatte er in 3 Minuten 31 Sekunden zurückgelegt. Alle Konkurrenten waren auf dem Platz, nur Grade fehlte. Es ging zwar das Gerücht, er wolle von Bork durch die Luft nach Johannistal kommen, aber er traf nicht ein. Durch sein Fernbleiben hat er das Recht der Teilnahme an der Konkurrenz während der ganzen Woche verwirkt. Am heutigen Mittwoch werden der Dauerflugpreis, der Landungspreis, der Gleitflugpreis, der Tagesfrühpreis, der Passagierflugpreis und der Lanzpreis bestritten.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins. Die diesjährige Generalversammlung des Deutschen Bühnenvereins findet am Donnerstag und Freitag in Lübeck statt. Auf der Tagesordnung stehen, wie wir erfahren, in der Hauptsache interne Angelegenheiten. Der Streit mit der Bühnengenossenschaft wird diesmal keinen besonders großen Raum in den Debatten einnehmen. Besondere Anträge liegen hierzu nicht vor.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

r. Neustadt, 11. Mai. Zum großen nationalen Gesangswettstreit an Pfingsten, bei dem gegen 100 Vereine mitwirken, sind folgende Herren als Preisrichter berufen: Arthur Berg, Musikdirektor in Ludwigshafen a. Rh., Simon Breu, kgl. Professor an der Musikschule in Würzburg, Dr. M. Grießinger, kgl. Seminarmusiklehrer in Speyer a. Rh., C. E. Groß, Komponist in Landstuhl, Ludwig Groß, Komponist in Landau, Haafis, Seminarlehrer in Maulbronn (Württemberg), Karl Aug. Krauß, kgl. Gymnasial-Musiklehrer in Speyer a. Rh., Alwin Krumbholz, Musikdirektor in Neustadt a. H., W. M. Loschky, Musiklehrer an der Höheren Töchterschule in Fürth, Franz Zureisch, Musikinspektor in Karlsruhe.

* Stuttgart, 11. Mai. Die Zweite Kammer hat zu Beginn ihrer heutigen Sitzung die Novelle zum Beamtengesetz mit sämtlichen 69 abgegebenen Stimmen angenommen.

Der Wettbewerb für den Heidelberger Rathausneubau.

* Heidelberg, 11. Mai. (Priv. Telgr.) Wie die „Heidelberger Zeitung" meldet, hat das Preisgericht für den Wettbewerb über den hiesigen Rathausneubau von 110 eingereichten Entwürfen drei Entwürfe einen ersten und zwei zweite Preise verteilt. Den ersten Preis in Höhe von 4500 Mark erhielt Architekt Wilh. Ruf-Stuttgart; zwei zweite Preise in Höhe von je 3000 Mark erhielten Militärbauinspektor Rud. Perignon-Würzburg und Baumeister Ad. Herberger-Aschaffenburg, sowie die Architekten Rummel und Forster-Stuttgart. Außerdem wurden noch drei Entwürfe zu je tausend angekauft und zwar diejenigen von Architekt L. Hepdecker-Ueberlingen, Professor Paul Meißner-Darmstadt und Architekten Schuster und Holz-Freiburg i. Br.

Moltke in der Walhalla.

* München, 11. Mai. Der Prinzregent richtete anläßlich der Moltkefeier in der Walhalla nachstehendes Telegramm an den Kaiser: „Soeben meldet mir Kriegsminister von Horn, daß die Enthüllung der Büste des Generalfeldmarschalls von Moltke in der Walhalla in Gegenwart von Vertretern von Volk und Heer feierlich vollzogen wurde. Indem ich dieses zu Deiner geneigten Kenntnis bringe, freue ich mich, meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben zu können, daß nunmehr auch der große Heerführer der Deutschen im Ruhmestempel einen Ehrenplatz an der Seite seines Kaiserlichen Herrn, Deines erlauchten Herrn Großvaters, einnimmt. — Der Kaiser erwiderte: „Herzlichen Dank für Deine Mitteilung. Die Aufstellung von Moltkes Büste in der Walhalla neben derjenigen des großen Kaisers ist nicht nur eine soldatische Huldigung, sondern auch eine nationale Tat, für welche ich, an der Spitze der Armee und im Namen der deutschen Nation, Dir und allen, welche dabei mitgewirkt haben, den Ausdruck aufrichtiger Dankbarkeit darbringe."

11 Personen durch einen Blitzschlag getötet.

* **Hannover, 11. Mai. In Süppingen in Hannover schlug der Blitz lt. „Frkf. Ztg." in ein Wohnhaus und tötete die bei Tisch sitzende Familie von 11 Personen.**

Der Thronwechsel in Großbritannien.

* Dresden, 11. Mai. Als Vertreter des Königs von Sachsen wird sich Prinz Johann Georg zu den Beisetzungs-Feierlichkeiten nach London begeben. Der König traf heute aus Tarvis hier wieder ein.

* Stuttgart, 11. Mai. Wie der „Staatsanzeiger" meldet, wird der König zu den Beisetzungs-Feierlichkeiten nach London den Herzog Albrecht von Württemberg entsenden.

* Karlsruhe, 10. Mai. Zur Beisetzung des Königs Eduard von England wird sich Prinz Max im Auftrage des Großherzogs nach London begeben.

* London, 11. Mai. Dem Vernehmen nach hat die Regierung beschlossen, in dieser Session einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen die Erklärung des Königs bei der Thronbesteigung geändert werden soll. Es sollen gewisse Wendungen ausgeschaltet werden, welche von den römischen Katholiken als Beleidigung angesehen werden. Die fragliche Erklärung geht dahin, daß der neue König nicht dem römisch-katholischen Glauben angehört; sie wurde zuerst bei der Thronbesteigung des Königs Wilhelm und der Königin Maria im Jahre 1689 abgegeben. Die römischen Katholiken hatten zuvor schon häufig versucht, die Ausschaltung der Worte zu erreichen, welche die Gebräuche der Kirche von Rom als abergläubisch und götzendienerisch bezeichnen.

Eduard VII. und die Abrüstungsfrage.

* Wien, 11. Mai. Die „Politische Korrespondenz" schreibt: In den letzten Tagen haben einige Blätter die Nachricht aufgetischt, daß aus Anlaß des Besuches des Königs Eduard in Ischl im Jahre 1908 beim Kaiser Franz Josef der englische König den Versuch gemacht habe, den Kaiser für die Abrüstungsfrage zu interessieren. Demgegenüber erklärt die „Politische Korrespondenz", daß ein solcher Versuch niemals unternommen worden sei und daß die zeitweise getrübten Beziehungen zwischen Oesterreich und England die ausgezeichneten persönlichen Verhältnisse zwischen den beiden Herrschern hiervon in keiner Weise berührt worden sind.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

⊡ Berlin, 11. Mai. Wie der „Lok.-Anz." meldet, veranstaltete der Reichstagsabg. Prinz Schönaich-Carolath gestern ein Diner, zu dem Graf Zeppelin, Vertreter der nationalliberalen Partei, der Reichspartei und der Fortschrittlichen Volkspartei geladen waren. Der Gastgeber wollte damit dem Grafen Zeppelin Gelegenheit geben, den Vertretern dieser Parteien sein Verhältnis zum Kriegsministerium darzulegen.

Staatssekretär Dr. Delbrück über die Reichsversicherungs-Ordnung.

⊡ Berlin, 11. Mai. In der Schlußsitzung des 24. ordentlichen Berufsgenossenschaftstages, die heute hier stattfand, nahm Staatssekretär Dr. Delbrück in Erwiderung auf die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden das Wort. Er führte aus: Ich bin von einer dringenden Dienstreise hierhergeeilt, um auf Ihrer bedeutsamen Tagung erscheinen zu können. Die Erfahrungen, die Ihr Verband innerhalb 25 Jahren gemacht hat, sind für mein Ressort von größter Bedeutung und die auf der heutigen Tagesordnung stehende Verhandlung über den Entwurf einer Reichsversicherungsordnung hat mich besonders interessiert. Es ist mir bekannt, daß sich an diesen Gesetzentwurf eine abfällige, zum mindesten nicht freundliche Kritik geknüpft hat. Aber dies geschieht überall und auf allen Gebieten. In der Tatsache, daß dem so ist, liegt die Gewähr, daß die Regierung mit dem Gesetzwurf wohl das richtige getroffen hat. (Na! na! Heiterkeit.) Selbstverständlich kann ich mich jetzt, wo der Entwurf dem Reichstag vorliegt, nicht in alle Einzelheiten des Gesetzes vertiefen. Es ist schwer, ja unmöglich, ein Gesetz so zu gestalten, daß es allseitig Zustimmung findet. Der Gesetzgeber darf nicht der Diener bestimmter Interessenten-Gruppen sein, sondern er muß über ihnen stehen und Gesetze lediglich im Interesse des allgemeinen Wohls zu gestalten bestrebt sein. Hierin liegt nun die Schwierigkeit für das Zustandekommen des Entwurfs, aber ich hoffe, daß er auch in Ihrer Beratung die erwünschte Zustimmung finden wird, wenn Sie die von mir angedeuteten Gesichtspunkte in Rechnung ziehen.

Schwerer Zugszusammenstoß.

⊡ Berlin, 11. Mai. Gestern abend um ½8 Uhr stieß infolge des Ueberfahrens des Haltesignals der Hannoversche Eilzug 18 L. auf den auf dem Ferngleise des Bahnhofes Friedrichstraße zur Ausfahrt bereitstehenden Posener Schnellzug D 52. Beide Züge wurden ineinandergekeilt. Ein Postschaffner wurde schwer, 19 Personen leicht verletzt.

Roosevelt in Berlin.

⊡ Berlin, 11. Mai. Ex-Präsident Roosevelt begab sich heute Morgen ¾8 Uhr nach Döberitz, um auf Einladung des Kaisers der Truppenübung beizuwohnen. Dr. Finter, der erste Assistenzarzt des Geheimrats Fränkel, hatte dem Präsidenten nochmals einen Besuch abgestattet. Die nochmalige Untersuchung des Halses ergab ein zufriedenstellendes Resultat, sodaß keine Bedenken bestehen. Um die bezeichnete Stunde fuhr der Präsident vom Hotel der amerikanischen Botschaft mit einem Hofautomobil nach Döberitz ebenso die Familienmitglieder und der frühere amerikanische Botschafter in Paris, White und der Militärattachee von der Berliner amerikanischen Botschaft Kapitän Shortle. Im Döberitzer Lager herrschte schon früh ein lebhaftes Treiben. Ein zahlreiches Publikum war dahingeeilt, um nächst dem Kaiser den früheren Präsidenten der Vereinigten Staaten zu sehen. Von Potsdam im Automobil kommend traf der Kaiser bald nach 8 Uhr ein. Er trug die Uniform des ersten Garde-Regiments, mit ihm traf auch Prinz Adalbert ein. Das Gefecht nahm sofort seinen Anfang. Auf der Südseite befehligte General-Major v. Treskow und General-Major v. Elm. Der Uebung lag die Idee zu Grunde, daß ein von Potsdam vormarschierendes Korps mit den Vorposten von Mühlenberge mit dem Feind Fühlung genommen hat. Die Absicht, das Militärluftschiff „M. 3" zur Teilnahme an der Gefechtsübung nach Döberitz zu bringen, wurde aufgegeben. Heute früh wurde es gefüllt aus der Halle gezogen, doch mußte von einem Aufsteigen des starken Windes wegen abgesehen werden.

Londoner Drahtnachrichten.

(Von unserem Londoner Bureau.)

Strenges Regiment in Aegypten.

⊙ London, 11. Mai. Der Vertreter des „Daily Telegraph" in Kairo erfährt, daß infolge der beunruhigenden Haltung der eingeborenen Bevölkerung in Aegypten beschlossen worden sei, wiederum ein strengeres Regiment einzuführen und zu der von Lord Cromer angewandten Methode zurückzukehren. Der genannte Korrespondent fügt hinzu, es sei erfreulich, zu sehen, daß die anderen Nationen, die Interessen in Aegypten hätten, mit einem strafferen Anziehen der Zügel vollständig einverstanden seien und eine solche Politik gern unterstützen würden.

Der Aufstand in Albanien.

⊙ London, 11. Mai. Der Korrespondent der „Times" in Konstantinopel telegraphiert, daß infolge des schlechten Wetters und der zwischen den kommandierenden Generalen ausgebrochenen Streitigkeiten die Truppen in Albanien ihre Tätigkeit vollständig eingestellt hätten. Der Korrespondent des „Daily Telegraph" in Belgrad erfährt, daß die Ankunft des Kriegsministers an der Front einen guten Eindruck gemacht habe.

Ein Unterseeboot in Gefahr.

⊙ London, 11. Mai. Die Besatzung des Unterseebootes „A. 8" befand sich gestern abend während der Manöver in der Nähe von Plymouth eine Zeitlang in großer Gefahr. Das Boot tauchte im Laufe der Nacht und konnte nicht wieder an die Oberfläche gebracht werden, sondern sank immer tiefer, bis es schließlich auf dem Meeresgrund 200 Fuß tief unter dem Wasserspiegel sitzen blieb. Erst nach verzweifelten Anstrengungen, die ziemlich eine Stunde in Anspruch nahmen, gelang es, das Boot wieder an die Oberfläche zu bringen. Ferner wäre es dieser Tage bald bei den Manövern, die in der Nordsee abgehalten werden, zu einem Zusammenstoß zwischen dem Flaggschiff „Prinz of Wales" und dem „Implacable" gekommen. Die Nacht war stark finster und die beiden Schiffe konnten einander erst im letzten Augenblick gewahr werden und dadurch konnte ein Zusammenstoß noch glücklich vermieden werden, doch glitten die beiden nächtigen Schiffskörper so nahe aneinander vorüber, daß man hätte von einem auf das andere hinüberspringen können.

MARCHIVUM

Volkswirtschaft.

Aus der 3. Plenarsitzung der Handelskammer für den Kreis Mannheim.

1. Handelsrichterwahl. Die Kammer nahm die Vorschlagswahl für die ausgeschiedenen Handelsrichterstellvertreter Küpper und Mühlinghaus vor.

2. Handelskammerwahl. Als Tag für die Wahl zur Handelskammer wurde der 27. Mai bestimmt. Die Wahlausschüsse für Mannheim, Weinheim, Schwetzingen und Ladenburg wurden ernannt.

3. Herausgabe ständiger Mitteilungen und Aenderung der Jahresberichtserstattung. Die Angelegenheit wurde zur Vorprüfung der Kommission für innere Angelegenheiten überwiesen.

4. Fachausschuß für das Tabakgewerbe. Entsprechend dem Antrage des Fachausschusses für das Tabakgewerbe sind zum Entwurf von Aenderungen der Ausführungsbestimmungen zu den §§ 1—11 des Tabakgesetzes dem Ministerium der Finanzen Abänderungsvorschläge unterbreitet worden. Der Fachausschuß beschloß, die Handelskammer zu ersuchen, beim Finanzministerium und bei dem Reichsschatzamt sowie dem Reichsamt des Innern dahin vorstellig zu werden, daß wichtige Entwürfe, wie Gesetzesänderungen, Ausführungsbestimmungen und dergl. so rasch wie möglich zur Kenntnis der Interessenten gebracht werden möchten, damit für eine gründliche Durcharbeitung genügend Zeit zur Verfügung stehe.

5. Fachausschuß für den Hafenverkehr. In der Sitzung des Fachausschusses für den Hafenverkehr wurde die Neuregelung der Dispacheurgebühren erörtert und beschlossen, die Ernennung eines weiteren Dispacheurs zu beantragen. Die Kammer erklärte sich damit einverstanden. Weitere Gegenstände der Besprechung dieser Sitzung des Hafenausschusses waren Brückenfrachtzuschlag, Seehafenausnahmetarife, Mitteilungen über den Stand der Schiffahrtsabgaben etc. (Konzessionen im Eisenbahnwesen), Umfrage betr. Vereinheitlichung der deutschen Eisenbahn, Eingabe der Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft betr. erweiterte Zulassung großräumiger Güterwagen, Einführung eintägiger Frachtenstundung, Befähigungsnachweis für Binnenschiffer u. a.

6. Aus dem Bericht über die Vollversammlung des Deutschen Handelstags wurde entnommen, daß die Rede des Generalsekretärs Dr. Soetbeer über die Gewerbeordnung und die Behandlung von Industrie und Handel in den Parlamenten, sowie jene des Staatssekretärs Dernburg über die Baumwollfrage gedruckt und verbreitet werden soll. Die Kammer stellt beide Reden Vereinen und Personen unentgeltlich zur Verfügung.

7. Vollversammlung des Deutschen Handelstags 1911 in Heidelberg. Die Handelskammer begrüßt den Beschluß des Deutschen Handelstags, seine nächste Vollversammlung aus Anlaß seines 50jährigen Bestehens in Baden abzuhalten und beschließt, den Deutschen Handelstag zur Besichtigung der Mannheimer Hafen- und Industrieanlagen im Anschluß an die Vollversammlung einzuladen.

8. Die Kammer nahm Berichte entgegen über Konferenzen in Mainz betr. Bekämpfung des Schmiergelderunwesens und in Koblenz betr. Regelung der Dispacheur-Gebühren.

9. Der Schreibstube für Stellenlose bewilligte die Kammer auf deren Ersuchen einen Beitrag.

10. Beschäftigung von Gerichtsassessoren. Das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts hat die Handelskammer ersucht, Gerichtsassessoren, die noch nicht ständig angestellt sind, zum Zweck der praktischen Ausbildung auf dem Gebiete des Wirtschaftslebens zu beschäftigen und Banken, größere Handelshäuser, Fabrikunternehmungen usw. zu ersuchen, das gleiche zu tun. Die Handelskammer hat sich bereit erklärt, diesem Ersuchen zu entsprechen und den genannten Unternehmungen das gleiche anzuempfehlen.

11. Gewerbliche Einzelvorträge an der Handelshochschule. Die Absicht der Handelshochschule, für gewerbliche Einzelvorträge Kaufleute zu gewinnen, wurde von der Kammer lebhaft begrüßt und der Wunsch ausgesprochen, daß sich Industrielle und Kaufleute ebenso wie dies in Berlin geschehen ist, bereitfinden lassen, Vorträge über ihren Geschäftszweig zu übernehmen.

12. Denkschrift über die badische Selbst-Verwaltung. Die Kammer nahm mit Befriedigung davon Kenntnis, daß die Regierung in ihrer Denkschrift über die Umgestaltung der badischen Selbstverwaltungsverbände die Eingabe der Kammer in mancher Beziehung berücksichtigt hat. Sie bedauerte dagegen, daß nach wie vor die Zusammenlegung der Kreise und damit eine Mehrbelastung der größeren Städte beabsichtigt wird.

13. Mißstände im Ausstellungswesen. Für den Antrag der ständigen Ausstellungskommission, daß den Schwindelausstellungen durch gesetzliche Einführung von verantwortlichen Ausstellungsleitern entgegenzutreten sei, vermochte die Kammer kein dringendes Bedürfnis anzuerkennen, vielmehr war sie der Ansicht, daß zur Beseitigung noch vorhandener Mißstände im Ausstellungswesen, die übrigens mehr außerhalb der Reichsgrenzen sich zeigen als in Deutschland selbst, die Aufklärungsarbeit der Ausstellungskommission und die bereits früher von der Kammer empfohlene sorgsame Beobachtung schwindelhafter Unternehmungen seitens der Behörden im Benehmen mit der Ausstellungskommission und den Handels- und Handwerkskammern ein genügender Schutz sein werde.

14. Reichszuwachssteuer. Die Kammer erklärte sich mit den Eingaben zur Reichszuwachssteuer und zur Regelung des Sachverständigenwesens im Reichstage durchaus einverstanden.

* * *

Heddernheimer Kupferwerk und Süddeutsche Kabelwerke A.-G., Frankfurt a. M.

Die gestern vormittag abgehaltene Generalversammlung, in der 16 Aktionäre 3757 Stimmen vertraten, genehmigte die Anträge der Verwaltung, insbesondere die Verteilung von 7 Prozent (wie i. V.) Dividende und wählte die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrats wieder. Auf die Anfrage eines Aktionärs, ob beabsichtigt sei, die Genußscheine des Unternehmens aufzukaufen und wie viele davon sich noch im Umlauf befinden, teilte der Vorsitzende mit, daß noch sämtliche Genußscheine existieren. Im Besitz des Unternehmens befinden sich 2005, währedn 995 in Händen des Publikums sind. Die Gesellschaft werde einstweilen weitere Scheine erwerben, ein Beschluß über eine Kündigung sei aber noch nicht gefaßt, auch nicht beabsichtigt. Der Arbeitseingang sei, wie sich Direktor Landsberg auf Anfrage eines anderen Aktionärs äußerte, sowohl im Frankfurter wie im Mannheimer Werk gut; er befinde sich gegen das Vorjahr in zunehmender Tendenz. Die Preise lassen indes zu wünschen übrig. Für einen Teil der Fabrikate, für Kupferblech und blanke Drähte, mußte eine Preisermäßigung eintreten. Die Schuld daran sei den schlecht funktionierenden Verbänden zuzumessen. Durch stete Verbesserung und Vergrößerung des Umsatzes hofft die Verwaltung den Ausfall so auszugleichen, daß auch für das laufende Jahr mindestens das letztjährige Ergebnis zu erwarten stehe.

Verein süddeutscher Mehlhändler.

Der vom Verein süddeutscher Mehlhändler über die 8 Mühlen verhängte Boykott ist noch nicht aufgehoben, da die Vereinbarungen im Parkhotel vom 4. Mai von einigen Mühlen noch nicht unterzeichnet worden sind.

Konkurse in Baden.

* Eberbach. Peitschenfabrikant Jos. Fleck in Michelbach. A.-T. 15. Juni. P.-T. 8. Juli.

Finanzielle Schwierigkeiten bei der Schwarzwälder Steingutfabrik Hornberg.

Wie die „Freib. Ztg." berichtet, hat die Schwarzwälder Steingutfabrik A.-G., Hornberg, wegen finanzieller Schwierigkeiten ihrer sämtlichen 300 Arbeitern gekündigt. Bekanntlich ruft die Gesellschaft ihre ordentliche Generalversammlung, in der die Liquidation des Unternehmens beschlossen werden soll, auf den 23. Mai nach Mannheim ein.

Ronsdorfer Bank, Ronsdorf.

In der Regelung der Verhältnisse dieser in Zahlungsstockung geratenen Bank haben sich neue Schwierigkeiten dadurch ergeben, daß der Barmer Kreditverein seine Absicht, die Liquidation der Bank durchzuführen, nunmehr aufgegeben hat, angeblich weil Kommerzienrat Ursprung in Barmen, der Bürgschaft übernehmen wollte, nach genauer Prüfung der finanziellen Verhältnisse sich zurückgezogen hat. Infolgedessen hat eine Versammlung von Aktionären und Gläubigern der insolventen Bank eine Kommission gewählt, und sie beauftragt, weitere Schritte für eine außergerichtliche Regelung zu tun. Die Gläubiger sollen um eine dreijährige Stundungsfrist angegangen werden. Am kommenden Freitag soll eine zweite Versammlung abgehalten werden, in der die Kommission Bericht erstatten soll.

Berliner Elektrizitätswerke.

Aus dem in der gestrigen Aufsichtsratssitzung der Berliner Elektrizitätswerke vom Vorstand erstatteten Bericht teilt die Gesellschaft folgendes mit: In den ersten drei Vierteljahren des laufenden Geschäftsjahres, vom 1. Juli 1909 bis 31. März 1910, haben die Werke der Gesellschaft 118 181 341 Kilowattstunden oder 11 Millionen Kilowattstunden mehr abgegeben als in der gleichen Zeit des vorigen Geschäftsjahres. Von dieser Zunahme entfällt der Hauptteil mit 4 131 586 Kilowattstunden auf Motoren, 2 556 608 entfallen auf Straßenbahnen; aber auch der Stromverbrauch für Beleuchtung hat eine Zunahme erfahren. Der Neuanschluß für Licht betrug 5313 Kilowatt, der für Kraft 10 361. Die Zunahme hat die früherer Jahre wieder erreicht, indem dank der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse die durch den Achtuhrladenschluß und die Strom sparenden Metallfadenlampen bewirkte Einschränkung des Stromverbrauchs allmählich verschwinden. Abschlüsse für einen Jahresverbrauch von mehr als 3 Millionen Kilowattstunden sind bereits getätigt und Verhandlungen wegen erheblicher Lieferungen sind noch in der Schwebe. Im ganzen sind neuerdings elf Gemeinden im Norden, Nordosten und Süden von Berlin der Gesellschaft durch Verträge erschlossen worden.

Die Versicherungsabteilung der Dresdner Bank macht durch Inserat bekannt, daß ihr Prämien-Tarif für Auslosungsversicherung für den Monat Juni 1910 erschienen ist. Derselbe enthält u. a. die Prämien-Sätze für Gothaer II. 3½proz. 100 Taler-Lose von 1871, Köln-Mindener 3½proz. 100 Taler-Lose, Oesterreichische 100 Fl.-Lose von 1864 und Venetianer 30 Lire-Lose von 1869.

Insolvenz. Die Erste Rheinische Walzenmühle A.-G. in Grevenbroich befindet sich, wie bereits gemeldet, in Zahlungsschwierigkeiten. Bei 550 000 M. Aktienkapital hatte das letzte Geschäftsjahr mit einem Gesamtverlust von 287 335 M. abgeschlossen. Die laufenden Schulden betrugen 1 078 164 M. und die Akzeptverpflichtungen 540 144 M. Die Firma hofft, alle Gläubiger gänzlich befriedigen zu können, falls eine außergerichtliche Abwicklung ermöglicht wird, was allerdings hauptsächlich von der Art der Verwertbarkeit der Warenbestände abhängen werde, die im letzten Rechnungsabschluß mit 1 417 180 M. erschienen.

Deutsche Linoleum- und Wachstuchkompagnie in Rixdorf. Die Hauptversammlung setzte die Dividende auf 5 Prozent fest. Auf eine Anfrage teilte der Vorstand mit, der Industriezweig habe andauernd mit besonders hohen Preisen für Rohstoffe zu rechnen, indes hätten die deutschen Linoleumfabriken weitgehende Vereinbarungen, die auf Preiserhöhungen der Erzeugnisse zunächst für das Inland und später auch für das Ausland abzielten. Hierdurch hoffe man, zum großen Teil einen Ausgleich für die durch die hohen Preise der Rohstoffe hervorgerufenen Mehrausgaben herbeizuführen. Da die höheren Preise auch von der Kundschaft bewilligt wurden, so brauche man nicht allzu schwarz in die Zukunft zu sehen.

* * *

Telegraphische Handelsberichte.

Aktiengesellschaft für Bahn-Bau und Betrieb, Frankfurt a. M.

Die der heutigen Aufsichtsratssitzung vorgelegte Bilanz pro 1909 ergibt einen Gewinn von M. 149 983 (M. 140 850 im Vorj.). Zu Abschreibungen werden verwandt M. 8544 (M. 5092 i. Vorj.). Die Reserve erhält M. 7071 (M. 6787 i. Vorj.). Die Tantiemen betragen M. 10 873 (M. 9794 i. Vorj.). Der auf den 11. Juni cr. einberufenen Generalversammlung wird die Verteilung von 6 Prozent Dividende (wie i. Vorj.) vorgeschlagen und M. 4555 (im Vorjahr M. 1061) werden auf neue Rechnung vorgetragen.

Internationale Baugesellschaft Frankfurt a. M.

* Frankfurt a. M., 11. Mai. Die Generalversammlung genehmigte den Geschäftsbericht und beschloß die Verteilung des Reingewinns in der vom Vorsitzenden vorgeschlagenen Weise. Sonach gelangt eine Dividende von 12 Prozent, wie im Vorjahre, zur Ausschüttung. In den Aufsichtsrat wurde Herr Dr. Wilhelm Lauter in Berlin, Direktor der Firma Philipp Holzmann u. Co., Frankfurt a. M., neugewählt.

Liquidation der Ersten Rheinischen Walzmühle in Grevenbroich.

* M.-Gladbach, 11. Mai. Die Gläubiger der Ersten Rheinischen Walzmühle in Grevenbroich stundeten die Forderung bis Juni 1911 und beschlossen die Liquidation.

Zahlungseinstellungen.

* Dresden, 11. Mai. Die seit 1868 bestehende Bankfirma Paul Auerbach in Crimmitschau hat Konkurs angemeldet.

Wittener Gußstahlwerke.

* Witten, 11. Mai. Die außerordentliche Generalversammlung der Wittener Gußstahlwerke beschloß die Kapitalserhöhung um 1¼ Millionen ab 1. Juni 1910 dividendenberechtigter Aktien, die durch eine Bankgruppe unter Führung eines Berliner Bankhauses zum Kurse von 160 Prozent übernommen und den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 3:10 zum Kurse von 170½ Prozent angeboten werden. Zur Begründung führte die Verwaltung aus: Im Jahre 1907 sei die damalige Kapitalserhöhung nicht im vollen Umfange vorgenommen worden. Ueber die Aussichten wurde berichtet, daß das erste Halbjahr unter schlechten Preisen gelitten habe. Die Konventionen, vornehmlich für Bleche und Stabeisen, bewirkten bessere Erträgnisse. Die bessere Konjunktur drückt sich im allgemeinen in besseren Erträgnissen und höheren Aufträgen aus.

Goldausbeute der Transvaal-Minen.

* Berlin, 11. Mai. Nach einer der Firma Hardy u. Co. zugegangenen Depesche betrug die Goldausbeute der in den Transvaal Chamber of Mines vereinigten Minen im April 1910: 504 839 Unzen im Werte von 2 524 591 Pfund Sterling, gegen 581 899 Unzen im Werte von 2 471 749 Pfund Sterling, die der Außendistrikte 24 706 Unzen im Werte von 104 944 Pfd. Sterling, gegen 25 220 Unzen im Werte von 107 129 Pfd. Sterling im März 1910. Ende April waren in Goldminen 183 814, in Kohlenbergwerken 9300 und in Diamantminen 13 566, insgesamt 206 680 Arbeiter beschäftigt, gegen 199 549 Ende März, sodaß die Zunahme 7131 beträgt.

* * *

Mannheimer Effektenbörse.

Vom 11. Mai. (Offizieller Bericht.)

Die heutige Börse verlief ziemlich fest. Höher gefragt waren Frankona, Rück- und Mitversicherungs-Aktien, Notiz: 1370 G. und Frankfurter Transport-, Unfall- und Glas-Vers.-Aktien: 2090 G., ferner Süddeutsche Drahtindustrie 142 G. und Zuckerfabrik Waghäusel 201,75 G. Von Brauereien stellten sich Bad. Brauerei 76 G. 78 B. und Homb. A.-B. vorm. Messerschmitt 83 G.. Gutjahr-Aktien waren zu 80 Prozent am Markte.

Aktien.

Banken.	Brief	Geld		Brief	Geld
Badische Bank	—.—	134.—	Mannh. Lagerhaus	90.—	—.—
Gewrbk. Speyer 50%E	—.—	—.—	Frankona, Rück- und		
Pfälz. Bank	—.—	101.30	Mitverf. vorm. Bad.		
Pfälz. Hyp.-Bank	—.—	196.70	Rück- u. Mitver.	—.—	1370
Pf. Spar. Gbd. Landau	—.—	—.—	Fr. Transp.-Unfall u.		
Rhein. Creditbank	—.—	139.30	Glas-Vers.-Ges.	—.—	2090
Rhein. Hyp.-Bank	199.—	—.—	Bad. Assecuranz	—.—	1890
Südd. Bank	—.—	117.50	Continental. Versich.	—.—	670.—
Südd. Disc.-Ges.	—.—	117.70	Mannh. Versicherung	730.—	725.—
Chem. Industrie.			Oberrh. Versich.-Ges.	—.—	850.—
Bad. Anil. u. Sodafbr.	485.—	—.—	Württ. Transp.-Vers.	—.—	545.—
Chem. Fab. Goldenbg.	—.—	238.—	**Industrie.**		
Verein chem. Fabriken	—.—	320.—	A.-G. f. Seilindustrie	140.—	—.—
Verein D. Oelfabriken	—.—	150.50	Dingler'sche Mschfbr.	—.—	110.—
Westf. A.-W. Stamm	—.—	228.50	Emaillw. Maikammer	103.—	—.—
" " Vorzug	—.—	102.30	Ettlinger Spinnerei	—.—	99.—
Brauereien.			H. Fuchs Wgf. Hdlbg.	—.—	195.—
Bad. Brauerei	78.—	76.—	Hüttenh. Spinnerei	—.—	—.—
Durl. Hof vm. Hagen	230.—	—.—	Heddernh. Kupferw. u.		
Eichbaum-Brauerei	—.—	112.—	Südd. Kabelw. Frkf.	125.—	—.—
Gleldr. Rühl, Worms	—.—	84.—	Karlsr. Maschinenbau	—.—	220.—
Br. Ganter, Freibg.	91.50	—.—	Nähmfbr. Haid u. Neu	260.—	—.—
Kleinlein, Heidelberg	—.—	182.—	Kosth. Cell. u. Papierf.	—.—	205.—
Homb. Messerschmitt	—.—	83.—	Mannh. Gum. u. Asb.	148.—	—.—
Ludwigsh. Aktienbr.	—.—	214.—	Maschinenf. Badenia	—.—	200.—
Mannh. Aktienbr.	—.—	135.—	Oberrh. Elektrizität	—.—	19.—
Brauerei Sinner	—.—	255.—	Pfälz. Mühlenwerke	—.—	—.—
Br. Schrödl, Heidlbg.	—.—	178.—	Pf. Nähm. u. Fahrradf.	—.—	146.50
" Schwartz, Speyer	—.—	192.—	Portl.-Zement Hdlbg.	—.—	142.—
" S. Weltz, Speyer	—.—	—.—	Rh. Schuckert-Ges.	133.75	133.—
" z. Storch, Speyer	—.—	—.—	Südd. Draht-Indust.	—.—	142.—
Br. Werger, Worms	83.—	—.—	Verein Freib. Ziegelw.	120.—	—.—
Worms Br. v. Oertge	—.—	64.—	" Speyr.	—.—	—.—
Pf. Preßh.- u. Spritfb.	—.—	164.—	Würzmühle Neustadt	—.—	—.—
Transport u. Versicherung.			Zellstoffabr. Waldhof	260.—	—.—
B. A.-G. Rhsch. Seetr.	80.—	—.—	Zuckerfbr. Waghäusel	—.—	201.75
Mannh. Dampfschl.	59.—	—.—	Zuckerfbr. Frankenth.	—.—	380.—
			Zuckerraff. Mannh.	—.—	—.—

Frankfurter Effektenbörse.

Privattelegramm des General-Anzeigers.

* Frankfurt a. M., 11. Mai. Fondsbörse. Die Börse eröffnete in anbetracht der bevorstehenden Feiertage bei ruhigem Geschäft aber fester Tendenz. Durch die günstige Disposition des Newyorker und Londoner Effektenmarktes zeigte sich an der heutigen Börse weitere Nachfrage für Baltimore und Ohio, was auch auf die Nachricht, daß die Emission im Betrage von 40 Millionen Dollars untergebracht sei, zurückzuführen ist. Was österreichische Bahnen betrifft, so waren sowohl Lombarden als auch Staatsbahnen lebhaft gefragt, letztere verfolgen im weiteren Verlaufe steigende Richtung. Schiffahrtsaktien fest, Norddeutscher Lloyd lebhaft gehandelt. South Western Afrikan sind gegen den gestrigen Abendkurs um 4 Prozent gestiegen. Der Markt der Bankaktien erfuhr teilweise mäßige Abschwächungen, gut gehalten sind Deutsche Bank und Kreditaktien, Mittelbanken behauptet. Auf dem Gebiete der Montanpapiere sind zunächst Harpener bei fester Tendenz zu erwähnen. Die Meldung, daß die Zahl der Streikenden in Belgien an Ausdehnung zugenommen habe, übte einen günstigen Einfluß auf die Kohlenwerte aus. Gelsenkirchener lebhaft auf Gerüchte über einen guten Märzausweis. Deutsch-Luxemburger dagegen wenig beachtet. Elektrische Werte ruhig und teilweise schwächer. Was den Markt der Kassaindustriepapiere anbetrifft, sind so bei guten Umsätzen Gummiwarenfabrik Peter bei 15 % höherem Kurse zu erwähnen, chemische Werte preishaltend, in Kunstseide wurden Abgaben vorgenommen, was zu einem Rückgang von 3¾ % führte. Auf dem Fondsmarkte waren die Umsätze sehr lebhaft in russischen Werten bei sehr fester Tendenz. Türkenlose abgeschwächt, heimische Anleihen behauptet. Im weiteren Verlaufe blieb die Tendenz fest. Montanwerte lebhaft umgesetzt. An der Nachbörse blieb die Stimmung auf den meisten Märkten günstig, doch war das Geschäft ruhig. Kaliwerte ungleichmäßig, Aschersleben fester, Westeregeln 3 Prozent niedriger. Es notierten: Kredit 203,70, Diskonto 188,60, Dresdner 150,50, Staatsbahn 162,30, 161,10, Lombarden 20,90, Baltimore und Ohio 110,50.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Reichsbankdiskont 4 Prozent.

Schlußkurse.

Wechsel.

		10.	11.			10.	11.
Amsterdam	kurz	169.45	169.45	Check Paris		81.175	81.175
Belgien	"	80.90	80.90	Paris	kurz	81.133	81.133
Italien	"	80.653	80.65	Schweiz. Plätze	"	81.066	81.05
Check London		20.505	20.50	Wien	"	85.975	85.—
London	"	20.462	20.46	Napoleonsd'or		16.23	16.23
"	lang	—	—	Privatdiskonto		3 1/4	3 3/8

Bergwerksaktien.

Bochumer Bergbau	233.50	235.—	Harpener Bergbau	197.25	196.50
Buderus	168.10	167.—	Kaliw. Westeregeln	228.50	225.50
Concordia Bergb.-G.	—	—	Oberschl. Eisenindustrie	97.—	97.60
Deutsch. Luxemburg	206.50	207.—	Phönix	219.25	219.75
Eschweiler Bergw.	196.50	196.50	Ver. Königs- u. Laurah.	171.—	171.30
Friedrichshütte Bergb.	132.—	131	Gewerksch. Roßleben	118.00	[illegible]
Gelsenkirchner	205.70	207.—			

Aktien deutscher und ausländischer Transportanstalten.

Südd. Eisenb.-G.	122.50	123.50	Gotthardbahn	—.—	—.—
Hamburger Packet	143.70	145.30	Ital. Mittelmeerbahn	—.—	—.—
Norddeutscher Lloyd	111.—	112.—	do. Meridionalbahn	137.50	137.—
Oest.-Ung. Staatsb.	161.50	162.30	Baltimore und Ohio	109.90	110.50
Oest. Südbahn Lomb.	20.80	20.90			

MARCHIVUM

Staatspapiere. A. Deutsche.

	10	11.		10	11
4% deutsch. Reichsanl.	102.05	102.15	4 Mh. Stadt-A.1908	—.—	—.—
3 " " 1909	—.—	—.—	4 " " 1909	—.—	—.—
3½ " "	93.10	93.05	3½ " " 1905	—.—	91.30
3½ " " 1909	— —	— —	B. Ausländische.		
3 " "	84.25	84.90	5 Arg.i.Gold-A.1887	—.—	—.—
4% pr. kons. St.-Anl.	102.—	102.15	5% Chinesen 1896	102.40	102.40
4 do. do.1909	—.—	—.—	4½ " " 1898	99.75	99.75
3½ " "	93.15	93.20	4½ Japaner	98.—	97.95
3½ " " 1909	—.—	—.—	Mexikaner äuß. 88/90	100.50	100.50
3 " "	84.90	84.80	3 Mexikaner innere	69.70	69.70
4 badische St.-A.1901	101.30	101.20	Bulgaren	101.50	—.—
4 " " 1908/09	101.75	101.85	3½ italien. Rente	—.—	—.—
4½ bad.St.-O.(abg)fl	96.60	96.60	4½ Oest. Silberrente	98.40	98.10
3½ " " M.	93.75	94.—	4½ " Papierrent.	—.—	—.—
3½ " " 1900	93.30	93.20	Oesterr. Goldrente	99.50	99.50
3½ " " 1904	93.15	92.8.	2 Voring. Serie I	66.15	66.20
3½ " " 1907	93.15	93.30	3 " III	67.—	67.20
4 bayr.E.-B.-A.b.1915	101.40	101.40	4½ neue Russen 1905	100.40	100.40
4 " " 1918	101.40	101.55	4 Russen von 1880	91.55	91.90
3½ do. u.Allg.Anl.	92.75	92.75	4 span. ausl. Rente	—.—	—.—
3 do. E.-B.-Obl.	88.70	88.70	4 Türken von 1903	89.—	88.80
3 Pfälz.E.-B.Prior.	101.—	101.—	4 " unif.	94.40	94.40
3½ " "	93.15	93.20	4 Ungar. Goldrente	95.70	95.70
4 Hessen von 1904	101.35	101.40	4 " Kronenrente	92.55	92.55
3 Hessen	81.70	81.45	Verzinsliche Lose.		
3 Sachsen	84.—	84.—	3 Oesterreichische 1860	174.50	174.70
4 Mh. Stadt-A. 1907	—.—	100.80	Türkische	189.20	188.50

Aktien industrieller Unternehmungen.

Bad. Zuckerfabrik	190.70	191.75	Hdb.Kn.u.Südd.Kb.	125.—	125.—
Südd. Immobil.-Ges.	96.30	96.40	Kunstseidenfabr. Frkf.	191.—	186.50
Eichbaum Mannheim	112.—	112.—	Lederwerk. St.Ingbert	79.—	80.—
Mh. Aktien-Brauerei	135.—	135.—	Spicharz Lederwerke	110.—	110.70
Werkakt. Zweibrücken	90.—	91.—	Ludwigsh. Walzmühle	165.50	165.50
Weltz.Sonne, Speyer	90.—	90.—	Adlerfahrradw.Kleyer	405.—	404.—
Zementwerk Heidelbg.	142.25	142.25	Maschinenfbr. Hilpert	81.50	79.50
Zementfabr. Karlstadt	125.20	125.—	Maschinenfb. Badenia	200.—	200.—
Badische Anilinfabrik	482.—	481.50	Dürrkopp	416.50	416.50
Ch. Fabrik Griesheim	264.50	264.40	Maschinenf. Gritzner	241.—	241.—
Farbwerke Höchst	474.75	477.—	Masch.-Armat.Klein	115.—	116.—
Ver. chem.Fabrik Mh.	320.75	320.75	Pf.Nähm.-u.Fahrradf.		
Chem. Werke Albert	481.—	480.	Gebr. Kayser	144.50	145.75
Südd. Drahtind. Mh.	138.—	141.90	Röhrenkesselfabrik		
Akkumul.-Fab. Hagen	215.—	215.—	vorm. Dürr & Co.	40.—	39.60
Akt. Böse, Berlin	14.50	14.—	Schnellpressenf.Frkth.	225.—	225.—
Elektr.-Ges. Allgem.	270.30	269.75	Ver.deutscher Oelfabr.	158.—	158.50
Lahmeyer	117.50	117.75	Schuhfabr. Herz, Frkf.	121.80	122.50
Elektr.-Ges. Schuckert	165.20	164.40	Seilindustrie Wolff	140.—	140.—
Rheinische	133.75	133.70	B'wollsp.Lampertsm.	52.—	52.—
Siemens & Halske	248.—	246.50	Kammgarn Kaiserl.	199.70	199.—
Gummi Peter	335.—	333.50	Zellstoffabr. Waldhof	258.—	257.10
Weyß u. Freytag	156.—	155.40			

Pfandbriefe. Prioritäts-Obligationen.

4% Frkf.Hyp.-Pfdb.	100.—	100.—	4% Preuß.Pfandb.-Bank unk. 1919	101.—	101.—
4% P.R.B.Pfdbr.05	100.20	100.30	4% Pr.Pfdb.unk. 15	99.90	99.90
4% " 1910	100.—	100.—	4% " " " 17	100.10	100.10
4% Pf.Hyp.B.Pfdb.	100.10	100.10	3½% " " " 14	94.—	94.—
3½%	92.80	92.80	3½% " " " 12	91.50	91.50
3½% Pr. Bod.-Cr.	91.20	91.20	4% Pr.Pfdbr.-Bk. Kleinb. b. 04	—.—	—.—
4% Rh.Hb.Pfd.v.90	99.80	99.80	4% Pr.Pfdbr.-Bk. Hyp.-Pfd.-Kom.-Obl. unkündb. 12	98.—	98.—
4% " " 99 unk. 09	99.80	99.90	4% Rh.H.B.Pfd. 09	100.—	99.90
4% " Pfdbr.v.01 unk. 10	99.80	99.90	4% " " " 1907	100.—	99.90
4% " Pfdbr.v.06 unk. 12	100.—	100.—	4% " " " 1912	100.—	99.90
3½% " Pfdbr.v.80 89 u. 94	90.90	90.90	4% " " " 1917	100.10	100.—
3½% " Pfd. 98/06	91.—	91.—	4% " " " 1919	101.10	101.10
4% " Kom.-Obl. v.01, unk.10	100.40	100.40	3½ " " verschied.	91.60	91.60
3½% " Kom.-Obl. v. 87/01	92.—	92.—	3½ " " " 1914	91.60	91.60
3½% " Kom.-Obl. v. 96/06	92.—	92.—	3½ Rh. H.-B.C.O	91.70	91.60
4% Pr.Pfdb.unk. 09	99.30	99.30	4% R.W.B.C.B.10	—.—	—.—
4% " " " 12	99.50	99.50	4% Pf. B. Pr.-Obl.	—.—	—.—
4% " " " 14	99.60	99.60	3½% Pf. B. Pr.-O.	—.—	—.—
			4½ Nat.All.g.L.B.	—.—	74.40
			Kanad.Paci.-E.-A.	724.—	724.—

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Badische Bank	135.—	135.—	Oesterr.-Ung. Bank	127.55	127.55
Berg u. Metallb.	117.75	117.70	Oest. Länderb. uf	124.80	125.—
Berl. Handels-Ges.	176.90	176.—	" Kredit-Anstalt	209.—	208.70
Comerz. u. Disk.-B.	114.—	114.—	Pfälzische Bank	101.30	101.30
Darmstädter Bank	132.40	132.30	Pfälz. Hyp.-Bank	194.—	195.—
Deutsche Bank	251.60	251.30	Preuß. Hypothekenb.	124.90	124.30
Deutsch-Asiat. Bank	—.—	157.40	Deutsche Reichsbk.	145.50	145.50
D. Effekten-Bank	107.40	107.40	Rhein. Kreditbank	139.—	139.—
Diskonto-Komm.	188.70	188.60	Rhein. Hyp.-B. M.	198.—	198.20
Dresdner Bank	159.80	159.90	Schaaffh. Bankver.	139.50	140.10
Frankf. Hyp.-Bank	210.50	210.75	Südd. Bank Mhm.	117.20	117.20
Frkf. Hyp.-Kreditv.	167.75	167.90	Wiener Bankver.	137.50	136.90
Nationalbank	124.25	123.80	Südd. Diskont	117.70	117.70
			Bank Ottomane	144.50	144.50

Frankfurt a. M., 11. Mai. Kreditaktien 208.70, Diskonto-Kommandit 188.90, Darmstädter 132.50, Dresdner Bank 159.90, Handelsgesellschaft 176.80, Deutsche Bank 251.60, Staatsbahn 162.40, Lombarden 20.70, Bochumer 234.—, Gelsenkirchen 20.—, Laurahütte 171.—, Ungarn 95.70. Tendenz: fest.

Nachbörse. Kreditaktien 208.70, Diskonto-Kommandit 188.50, Staatsbahn 163.25, Lombarden 20.90.

Berliner Effektenbörse.

(Privattelegramm des General-Anzeigers.)

* Berlin, 11. Mai. Fondsbörse. Begünstigt durch die feste Haltung der Auslandsbörsen, namentlich Newyork, konnte die Aufwärtsbewegung an der hiesigen Börse, bei teilweise recht lebhaftem Geschäft weitere Fortschritte machen. Wiederum waren es verschiedene Spezialwerte, denen die Spekulation ihre Gunst zuwandte. Das Hauptaugenmerk bildete die Bewegung der Kanadaaktien, die bei überaus lebhaften Umsätzen prozentweise anzogen. Baltimore schlossen sich in entsprechendem Abstand an. Warschau-Wiener stiegen auf weitere Käufe. Ziemlichen Schwankungen unterlagen Hohenloheaktien, die auf den Austritt des Direktors Fürstenberg von der Berliner Aktiengesellschaft und dem Aufsichtsrat der Gesellschaft niedriger einsetzten. Rege war das Geschäft in Schiffahrtsaktien, namentlich in Norddeutschen Lloyd-Aktien. Später schlugen Hansaaktien gleichfalls eine steigende Richtung ein. Franzosen wurden auf Wiener Anregung zu steigenden Kursen aus dem Markt genommen. Heimische Bankaktien behaupteten im allgemeinen ihren Kursstand. Für Russenwerte erhielt sich auf die Kapitalvermehrung der Petersburger Internationalen Handelsbank das Interesse. Am Rentenmarkt erzielten 1902er Russen bei großen Umsätzen auf Pariser Anregung eine Steigerung von ¾ Prozent. Schwächere Haltung bekundeten lediglich Elektrizitätsaktien, in denen nach den Steigerungen der letzten Zeit, Realisierungen erfolgten. Der anfangs vernachlässigte Montanmarkt ließ später eine allgemeine Aufwärtsbewegung erkennen, so daß auch hier die Kurse Besserungen bis zu 1% erfuhren. Von Kolonialwerten konnten namentlich Deutsche Kolonial- und South-Westafrika-Aktien weiter erheblich anziehen. Die Tendenz war weiter zuversichtlich. Tägliches Geld 4 Prozent.

Berlin, 11. Mai. (Anfangs-Kurse.)

Kreditaktien	209.—	—.—	Laurahütte	171.—	171.60
Disc.-Kommandit	188.70	188.80	Phönix	219.—	219.30
Staatsbahn	161.80	162.40	Harpener	195.—	197.70
Lombarden	20.80	20.90	Tend.: fest.		
Bochumer	233.90	233.70			

Berlin, 11. Mai. (Schlußkurse.)

Wechsel London	20.475	20.495	Reichsbank	145.10	145.—
Wechsel Paris	81.175	81.17	Rhein. Kreditbank	139.50	139.50
4% Reichsanl.	102.—	102.—	Russenbank	164.40	164.90
4% " 1909	—.—	—.—	Schaaffh. Bankv.	140.—	140.—
3½% Reichsanl.	93.20	93.20	Südd. Disc.-G.-A.	117.70	117.70
3½% " 1909	—.—	—.—	Staatsbahn	161.20	163.50
3% Reichsanleihe	84.20	84.30	Lombarden	20.70	21.—
4% Konsols	102.—	102.—	Baltimore u. Ohio	110.—	110.60
4% " 1909	—.—	—.—	Canada Pacific	188.50	190.40
3½% "	93.20	93.20	Hamburg Packet	145.20	144.90
3½% " 1909	—.—	—.—	Nordd. Lloyd	110.60	119.90
3% "	84.80	84.80	Bochumer	233.50	234.70
4% Bad. v. 1901	—.—	101.30	Deutsch-Luxembg.	205.90	207.20
4% " 1908/09	101.75	—.—	Dortmunder	92.10	93.—
3½ " conv.	—.—	93.90	Gelsenkirchner	205.30	207.40
3½ " 1902/07	—.—	—.—	Harpener	193.80	198.60
3½% Bayern	92.75	92.60	Laurahütte	171.50	172.60
3½% Hessen	92.—	91.80	Phönix	218.70	220.—
3% Hessen	81.40	—.—	Westeregeln	227.50	225.—
3% Sachsen	83.80	83.80	Allg. Elektr.-Ges.	269.90	269.50
4½ Japaner 1905	97.90	98.—	Anilin	483.—	483.—
4% Italiener	—.—	—.—	Anilin Treptow	367.50	365.20
4% Russ. Anl. 1902	92.—	92.40	Brown Boveri	204.90	207.—
4% Bagdadbahn	87.—	87.20	Chem. Albert	478.60	481.—
Oesterr. Kreditaktien	209.—	—.—	D. Steinzeugwerke	244.—	244.—
Berl. Handels-Ges.	176.20	175.60	Elberf. Farben	487.—	485.30
Darmstädter Bank	132.20	132.20	Cellulose Kostheim	205.—	204.70
Deutsch-Asiat. Bank	156.90	157.70	Düngerswerken	184.50	184.90
Deutsche Bank	251.60	251.20	Tonwaren Wiesloch	109.50	109.50
Disc.-Kommandit	188.50	188.30	Wf. Draht.Ettgend.	223.—	222.20
Dresdner Bank	159.60	159.60	Zellstoff Waldhof	257.—	256.90

Privatdiskont: 3%.

Pariser Börse.

Paris, 11. Mai. Anfangskurse.

3% Rente	98.70	98.95	Debeers	460.—	460.—
Spanier	96.82	—.—	Eastrand	135.—	136.—
Türk. Lose	229.—	—.—	Goldfield	173.—	173.—
Banque Ottomane	728.—	726.—	Randmines	237.—	235.—
Rio Tinto	1858	1862			

Londoner Effektenbörse.

London, 11. Mai. (Telegr.) Anfangskurse der Effektenbörse.

2½% Consols	81⅝	81 13/16	Modderfontein	12½	12⅜
3 Reichsanleihe	83½	83¼	Premier	8½	8⅛
4 Argentinier	90½	90	Randmines	9¼	9⅜
4 Italiener	103½	103½	Atchison comp.	112⅞	113⅜
4 Japaner	96¼	96¼	Canadian	198¼	195¾
3 Mexikaner	36½	36½	Baltimore	111½	113¼
4 Spanier	94½	94¼	Chikago Milwaukee	143.—	142½
Ottomanbank	18¼	18½	Denvers com.	41.—	42.—
Amalgamated	68⅞	72⅛	Erie	29½	30¼
Anacondas	8½	8⅛	Grand Trunk III pref.	52⅞	55.—
Rio Tinto	72⅛	73⅞	" ord.	28⅜	30.—
Central Mining	16⅜	16⅝	Louisville	149½	151.—
Chartered	33⅛	34¼	Missouri Kansas	43.—	44⅛
De Beers	18.—	18½	Ontario	44.—	45½
Eastrand	5⅜	5⅜	Southern Pacific	129⅞	131½
Geduld	2⅞	2⅞	Union com.	186¼	188¼
Goldfields	6⅛	6⅛	Steels com.	85.—	85⅛
Jagersfontein	8⅛	8⅛	Tend.: fest.		

Wiener Börse.

Wien, 11. Mai. Vorm. 10 Uhr.

Kreditaktien	666.50	665.20	Oest. Kronenrente	95.25	95.25
Länderbank	498.70	498.—	" Papierrente	98.10	98.10
Wiener Bankverein	540.—	540.50	" Silberrente	98.10	98.15
Staatsbahn	754.—	754.20	Ungar. Goldrente	113.95	113.80
Lombarden	117.70	120.50	" Kronenrente	92.25	92.35
Marknoten	117.56	117.56	Alpine Montan	721.50	718.50
Wechsel Paris	95.42	95.42	Tend.: ruhig.		

Wien, 11. Mai. Nachm. 1.50 Uhr.

Kreditaktien	665.20	664.70	Buschtehrad. B.	994.—	990.—
Oesterreich-Ungarn	1787	1786	Oesterr. Papierrente	98.10	98.10
Bau u. Betr. A.-G.	—.—	—.—	" Silberrente	98.10	98.15
Unionbank	603.—	602.—	" Goldrente	116.95	117.—
Ungar. Kredit	825.—	824.—	Ungar. Goldrente	113.80	113.95
Wiener Bankverein	541.—	540.—	" Kronenrente	92.30	92.35
Länderbank	499.—	498.—	Wch. Frankf. vista	117.56	117.56
Türk. Lose	260.—	259.—	" London "	240.87	240.85
Alpine	719.—	715.—	" Paris "	95.42	95.41
Tabakaktien	—.—	—.—	" Amsterd. "	199.05	199.35
Nordwestbahn	—.—	—.—	Napoleon	19.10	19.10
Holzverkohlung	2670	—.—	Marknoten	117.58	117.58
Staatsbahn	753.20	757.—	Ultimo-Noten	117.57	117.56
Lombarden	120.50	121.—	Tend.: ruhig.		

Berliner Produktenbörse.

* Berlin, 11. Mai. Produktenbörse. Unter dem Einfluß der flauen Haltung der Auslandsbörsen und des warmen sonnigen Wetters erlitten die Preise am Markt für Brotgetreide heute weitere sehr erhebliche Rückgänge, zumal ferner dem stärkeren Verkaufsdrang nur geringe Kauflust gegenüberstand. Das Geschäft in beiden Artikeln war indes zeitweise sehr lebhaft. Hafer schloß sich der allgemeinen Abschwächung an. Mais und Rüböl lagen behauptet. Wetter: prachtvoll.

Berlin, 11. Mai. (Telegramm.) (Produktenbörse.) **Preise in Mark pro 100 kg frei Berlin netto Kasse.**

		10.	11.			10.	11.
Weizen	per Mai	219.—	221.25	Mais	per Mai	—.—	—.—
	" Juli	211.75	208.—		" Juli	—.—	—.—
	" Sept.	199.50	197.—		" August	—.—	—.—
Roggen	per Mai	152.25	150.—		"	—.—	—.—
	" Juli	155.75	154.—	Rüböl	per April	—.—	—.—
	" Sept.	156.—	155.—		" Mai	56.80	57.20
	" Dezbr.	—.—	—.—		" Okt.	52.70	53.20
Hafer	per Mai	—.—	150.75	Spiritus 70er loco		—.—	—.—
	" Juli	155.—	153.50	Weizenmehl		29.50	29.50
	" Sept.	—.—	—.—	Roggenmehl		20.20	20.10

Budapester Produktenbörse.

Budapest, 11. Mai. Getreidemarkt. (Telegramm.)

	10. per 50 kg			11. per 50 kg		
Weizen per Mai	11.58	—.—	willig	11.64	—.—	willig
" " Okt.	10.29	—.—		10.23	—.—	
Roggen per Mai	—.—	—.—	willig	—.—	—.—	willig
" " Okt.	8.10	—.—		8.08	—.—	
Hafer per Mai	—.—	—.—	ruhig	—.—	—.—	ruhig
" " Okt.	6.49	—.—		6.46	—.—	
Mais per Mai	5.71	—.—	ruhig	5.65	—.—	willig
" " Juli	5.82	—.—		5.75	—.—	
Kohlraps August	—.—	—.—	träge	12.95	—.—	willig

Wetter: Schön.

Liverpooler Börse.

Liverpool, 11. Mai. (Anfangskurse.)

	10.		11.	
Weizen per Juli	7/2⅞	willig	7/1½	willig
" Okt.	7/3¼		7/2⅞	
Mais per März	—	träge	—	träge
per Juli	—		—	

Schiffahrts-Nachrichten im Mannheimer Hafenverkehr

Hafenbezirk Nr. 1.
Angekommen am 10. Mai 1910.

H. Beck „Luis u. Marie" von Düsseldorf, 4500 Dz. Stückgut.
Joh. Stark „Fendel 43" von Antwerpen, 15 070 Dz. Stückgüter und Getreide.
Hch. Bermat „Fendel 19" von Antwerpen, 11 480 Dz. Stückgüter und Getreide.
Pet. Kassel „Egan 17" von Rotterdam, 1000 Dz. Getreide.
Joh. Schmidt „Fendel 67" von Ruhrort, 7800 Dz. Schienen.
F. Böhringer „Mannheim 35" von Antwerpen, 2700 Dz. Stückgüter und Getreide.

Hafenbezirk Nr. 2.
Angekommen am 10. Mai 1910.

Hamersdorf „Elise" von Heilbronn, 1000 Dz. Steinsalz.
Schmitt „Vereinigung 68" von Rotterdam, 14 292 Dz. Stückgüter und Getreide.

Hafenbezirk Nr. 3.
Angekommen am 10. Mai 1910.

Seibert „Badenia 41" von Karlsruhe, 500 Dz. Stückgüter.
Adler „Industrie 7" von Ruhrort, 4000 Dz. Stückgüter.
Maes „Scheltestadt" von Antwerpen, 7000 Dz. Stückgüter.
Anstatt „Joh. Anna" von Biebrich, 8100 Dz. Zement.
Reich „E. Elisabeth" von Rotterdam, 4500 Dz. Stückgüter.
Schniders „Fürst Bismarck" von Ruhrort, 5000 Dz. Kohlen.
Ards „St. Maria" von Rotterdam, 11 100 Dz. Kohlen.

* * *

Überseeische Schiffahrts-Telegramme.

Telegraphische Schiffahrts-Nachrichten des Norddeutschen Lloyd, Bremen.

10. Mai. D. Halle angekommen Rio de Janeiro, D. Greifswald angek. Montevideo, D. Eisenach angek. Antwerpen, D. Gr. Kurfürst angek. Newyork, D. Kronpr. Wilhelm angek. Bremerhaven, D. Kronprinzessin Cecilie abgefahren Bremerhaven, D. Friedrich d. Große abgef. Gibraltar, D. York abgef. Port-Said, D. Prinz Sigismund abgef. Brixhave, D. Königin Luise abgef. Southampton, D. Oldenburg passiert Lizard, D. Kleist passiert Odessa-Quessant.

Mitgeteilt vom Generalvertreter Hermann Mallebrein, Mannheim, Hansa-Haus. D 1. 7/8, Telephon 180.

Verantwortlich:
Für Politik: Dr. Fritz Goldenbaum;
für Kunst und Feuilleton: Julius Witte,
für Lokales, Provinzielles und Gerichtszeitung: Richard Schönfelder;
für Volkswirtschaft und den übrigen redakt. Teil: Franz Kircher.
für den Inseratenteil und Geschäftliches: Fritz Joos.
Druck und Verlag der Dr. Haas'schen Buchdruckerei, G. m. b. H.
Direktor: Ernst Müller.

I. Grosse Überlinger
Münster-Bau-
Geld-Lotterie
Ziehung am 7. und 8. Juni 1910.
6269 Geldgewinne Mark
155000
Hauptgewinne bar ohne Abzug:
60000 M.
20000 M.
10000 M.
etc. etc. etc.
Lose à M. 3.—. Porto und Liste 30 Pfg. extra.
Zu beziehen durch die Generalagentur
Eberhard Fetzer, Stuttgart, Kanzleistr. 20
und die Direktion der
Überlinger Münsterbau-Lotterie
in Überlingen am See.

In **Mannheim** zu haben bei: Moritz Herzberger, August Schmitt, Adrian Schmitt, Gg. Engert, Gg. Hochschwender, C. Struve, Jean Gramm, Mannheimer Tageblatt, Eugen Brinz, Philipp Fuchs, Nicolaus Weigl, Adam Rupp, Wilhelm Schmitt, Eugen Kohler, Gg. Herrmann, Otto Weber, Friedrich Rosenfeld, A. Schenk, Ludwig Brüggemann, Therese Karle, Heinrich Helten, Peter Vorent, H. Riedle, Ludwig Lang, Friedrich Just, Jac. Ziemer, Julius Geist, Ferdinand Beck, Paul Meyer.
In **Mannheim-Waldhof** bei: Friedrich Schenkel, Andreas Schlosser.
In **Sandhofen** bei: Martin Sponagel, Johann Schmitt, Karl Lorenz. 9758

Peter Deuss
Empfehle heute und folgende Tage:
fst. grosse Angelschellfische u. Kabeljau

Maifische . . . . Pfd. 50 Pfg.
Feinste große Schellfische Pfd. 40 Pfg.
Feinste mittel Schellfische Pfd. 25 Pfg.
Fstr. Silberlachs u. Kabeljau Pfund 25—30 Pfg.
Große Schollen . . . Pfd. 30 Pfg.
Tafelhecht . . . . Pfd. 35 Pfg.
Seeforellen . . . . . . Pfd. 25 Pfg.
Rotzungen . . . . Pfd. 50 Pfg.
Salm, Zander usw. 7894
Täglich frische Räucherwaren und Marinaden.
Feinste Gewürz-, Salz- u. Essiggurken.

MARCHIVUM

Stenographischer Reichstagsbericht
des
Mannheimer Generalanzeigers

Deutscher Reichstag.

82. Sitzung, Dienstag, den 10. Mai.

Am Tische des Bundesrats: Sydow, von Delbrück.

Präsident Graf **Schwerin-Löwitz**

eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Antrag der verbündeten Regierungen über die

Vertagung des Reichstags bis zum 8. November

wird ohne Erörterung genehmigt.

Die durch den Abg. Kochan (Natl.) nachgesuchte Genehmigung zur Fortsetzung eines gegen ihn schwebenden Privatklageverfahrens auf Grund von Widerklage wird genehmigt.

Die zweite Lesung des Kaligesetzes.

Berichterstatter der Kommission ist

Abg. **Bärwinkel** (Natl.).

Die Kommission hat den Entwurf völlig umgestaltet. An Stelle der Betriebsgemeinschaft des Zwangssyndikats ist in der Hauptsache getreten eine Kontingentierung des Absatzes mit Abgabe von 10 bis 17 Mk. pro Doppelzentner auf das Ueberkontingent sowie eine Festsetzung der Preise. Daneben sind Bestimmungen getroffen zur Sicherung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen der Kalearbeiter gegen Verschlechterung, Gleichstellung aller Großabnehmer hinsichtlich der Rabatte usw.

In den § 1 „Kalisalze dürfen von Kaliwerksbesitzern nur nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Gesetzes abgesetzt werden" knüpft sich eine allgemeine Besprechung. Kompromißanträge aller Parteien mit Ausnahme der Volkspartei ändern die Kommissionsbeschlüsse in einer Reihe von Punkten ab, sie betreffen aber nicht die wesentlichsten Bestimmungen. In § 1 werden die zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes bestehenden Sonderfabriken (Weiterverarbeitung der Rohsalze) den Kaliwerken ausdrücklich gleichgestellt.

Abg. Dr. **Heim** (Zentr.):

Was Ihnen vorliegt, ist etwas anderes, als was die verbündeten Regierungen Ihnen vorgelegt haben. Danach sollte es lediglich ein Gesetz sein zum Schutz der Industrie; es enthielt keinerlei Vorsichtsmaßregeln, wenigstens nicht hinreichende, zum Schutze der Konsumenten, des Handels und der Arbeiter. Dafür hat die Kommission gesorgt. Sie wollte kein Dividendengesetz machen, sondern im Gegenteil einer rücksichtslosen Ausbeutung der Konsumenten und der Arbeiter einen Riegel vorschieben. Durch die degressive Aussperrungsfrist bei der Quotenbeteiligung wird die Neugründung von Werken erheblich erschwert. Der Redner wendet sich scharf gegen die Preisberechnungen des Syndikats. Die Leute müssen uns im Reichstag für komplette Idioten erhalten haben, wenn sie glaubten, daß wir auf diesen Schwindel hereinfallen würden. Wenn Schmidtmann in der Lage ist, Kali zu 89 Pfennig nach dem Ausland zu liefern, dann wird es das Syndikat doch hoffentlich zu 1,24 Mark können und zum doppelten Preise für das Inland. Eine ungeschicktere Vertretung von Interessen wie durch das Kalisyndikat ist mir noch nicht vorgekommen. Man muß ja so eigentlich Gegner dieser Leute werden; aber warum soll man wegen ihrer Dummheit andere büßen lassen! Der Redner geht auf die wesentlichsten Punkte der Vorlage ein: die neue der süddeutschen Landwirtschaft groß: Vorteile bringende Aenderung der Frachtbasis, die Beseitigung der differentiellen Behandlung der Händler, die Aufnahme der sozialpolitischen Bestimmungen in das Gesetz usw. Auch diese Arbeiterparagraphen sind eine Folge der ungeschickten Vertretung des Syndikats, dessen Drohung, die Preisermäßigung auf die Arbeiter abwälzen zu wollen, sofort alle Meinungsverschiedenheiten in der Kommission beseitigte. Verkürzung des Lohnes, Verlängerung der Arbeitszeit haben eine zehnprozentige Kürzung der Beteiligungsquote zur Folge. Die Vorschrift, daß diese Bestimmung nicht gilt, wo zwischen Werk und Arbeitern Verträge abgeschlossen sind, wird den Abschluß von Tarifverträgen wesentlich fördern. Das Gesetz ist nach allen diesen Richtungen ein vollständiges Novum. Der Reichstag hat noch nie ein Gesetz gemacht, das so tief eingreift in das Wirtschaftsleben, in die ganzen Verhältnisse einer Industrie. Ob die Industrie selbst damit zufrieden sein wird, bezweifle ich. Die „saueren" Zeiten sind zu Ende; ich glaube, die Leute, die nach dem Gesetz gerufen haben, werden jetzt klagen: Varus, Varus, gib mir meine Quoten wieder! Aber dazu ist es zu spät! Gewiß läßt das Gesetz einen großen Prozentsatz Unsicherheit über; die Industrie wird Hintertürchen finden, und ihr merkwürdig ruhiges Verhalten trotz der Belastung läßt darauf schließen, daß sie schon solche gefunden hat, von denen wir noch nichts wissen. Aber schließlich sind wir ja auch noch da und können die hohlen Zähne plombieren. Das Wichtigste an dem Gesetz ist: der Verschleuderung von Kali in das Ausland wird ein Riegel vorgeschoben. Wir haben das Gute genommen, wo wir es bekamen. (Beifall.)

Abg. **Dove** (Vp.):

Eigentlich könnte ich die ganze Rede des Dr. Heim noch einmal halten und nur zu einem anderen Schluß kommen. Er hat sehr viel mehr gegen als für das Gesetz gesprochen. Man will den Produzenten sichern; ganz schön, aber wo bleiben die Konsumenten? Die Verschleuderung ins Ausland will man verhindern, aber zunächst reichen die Lager noch für Hunderte, wenn nicht für Tausende von Jahren, und dann ist es Verschleuderung, ein Geschenk an das Ausland doch nur dann, wenn die Auslandspreise zu niedrig und nicht, wenn die Inlandspreise zu hoch sind. Das sind sie aber infolge der Politik des Kartells. Nun verkenne ich nicht, daß gewichtige Bedenken dagegen vorliegen, eine solche syndizierte Industrie zusammenbrechen zu lassen; es fragt sich nur, ob die Maßregeln geeignet sind, und ob sie vom Standpunkt des Rechts, der Wirtschaft und unserer Gesamtanschauung aus zulässig sind. Herr Hué rechnet ja von diesem Gesetz den Anbruch einer neuen sozialen Zeit; ich finde aber, dieser Zukunftsstaat hat verfluchte Aehnlichkeit mit dem Vergangenheitsstaat. Auch Heinrich IV. wollte, daß jeder am Sonntag sein Huhn im Topfe habe, aber trotzdem seufzten die Beglückten unter dem Drucke des Wohlwollens. (Sehr gut! links.) Als die Bureaukratie versagte, da rief man nach dem kaufmännischen Geist; und jetzt bureaukratisiert man die Industrie. (Sehr richtig! links.) Das bedeutet die Kommissionsvorlage. Es scheint ja jetzt Mode zu werden, daß die Gesetze nicht von der Regierung, sondern von den Reichstagskommissionen ausgearbeitet werden; da soll man doch lieber gleich die Kommissionsmitglieder heranholen und ihnen technisch bewanderte Regierungsleute beigeben. Bis zu einem gewissen Grade ist es uns gelungen, den Handel den anderen Bezugsvereinigungen gleichzustellen. Aber immerhin bestehen noch Beunruhigung in Handelskreisen, insbesondere bei den Mischdüngerfabriken; ich bitte den Handelsminister um eine beruhigende Erklärung. Dieses Gesetz bedeutet eine Verleugnung der wirtschaftlichen Grundsätze, die bisher maßgebend waren, und die insbesondere wir vertreten. Principiis obsta! Ich warne vor den Konsequenzen; was der einen Industrie recht ist, ist den anderen billig. Wir können dem Gesetz nicht zustimmen. (Beifall bei der Volkspartei.)

Preußischer Handelsminister Dr. **Sydow**:

Der Vorredner läßt die Frage offen, auf welche Weise wir denn den Mißständen abhelfen können, die von der großen Mehrheit dieses Hauses anerkannt werden. Sein Gedankengang geht dahin: nichts tun, der freien Entwicklung Spielraum lassen. Dadurch würde es dahin kommen, daß die nichtexistenzfähigen Werke vernichtet würden und daß wir dann so auf die Dauer einen möglichst billigen Preis erhalten. Diesen Weg hat auch der Abg. Gothein im Plenum und in der Kommission wiederholt empfohlen. Die Folge würde aber zunächst die sein, daß eine Reihe von kleineren Fabriken eingehen, daß eine Reihe von großen Fabriken sich des Geschäfts bemächtigen würde, daß die Preise dem Inlande wie auch dem Auslande gegenüber geworfen würden, und daß, wenn, wie es nach den Vorgängen des vergangenen Jahres den Anschein hatte, es dem Auslande möglich gemacht würde, bei der inländischen Produktion Fuß zu fassen, das Ausland in den Preisen besser gestellt wäre wie das Inland. Diese Entwicklung hat man ja anderen Kartellen zum Vorwurf gemacht, bisher ist sie, Sie mögen der Politik des Kalisyndikats Vorwürfe machen, soviel Sie wollen, von ihm nicht eingeschlagen. Wenn das das Ergebnis sein soll, so frage ich: was hat denn Deutschland davon, daß ihm dieses Naturmonopol geworden ist?

Während andere Länder mit Zucker, mit Baumwolle, mit Petroleum in der Lage sind, die Welt zu versorgen und dadurch ein Moment wirtschaftlicher Stärke bei Verhandlungen weltwirtschaftlicher Fragen besitzen, so ist Deutschland, abgesehen von dem Kali, mit keinem derartigen Produkt gesegnet worden. Haben wir nun ein solches, so sollten wir auch dafür sorgen, daß zunächst davon auch die deutsche Volkswirtschaft Vorteile hat. Das war der maßgebende Gesichtspunkt bei der Ausarbeitung des Gesetzes, und ich kann dem Vorredner darin nicht zustimmen, daß es sich in erster Linie darum gehandelt hat, eine notleidende Industrie zu stützen. Freilich war es nur möglich, diese Verwertung der deutschen Naturschätze im deutschen Interesse aufrechtzuerhalten, wenn ein gewisser Einfluß auf die Industriellen gegeben ist. Dadurch sind wir zur Regierungsvorlage gekommen. Der zweite Gesichtspunkt war, dafür zu sorgen, daß das Inland mäßige Preise bekommt, daß die Auslandspreise nicht billiger werden als die Inlandspreise. Und nur ein Nebenzweck war dabei, dann dafür zu sorgen, daß die schwachen Existenzen in der Kaliindustrie nicht über Bord geworfen werden. Denn es handelt sich dabei nicht bloß um wohlhabende Industrielle, es handelt sich auch um eine Reihe von Arbeitsstätten in Deutschland, an die sich Arbeiterkolonien angeschlossen haben, und die nicht untergehen zu lassen, auch ein öffentliches Interesse ist. Nun ist darauf hingewiesen worden, daß die Regierungsvorlage ganz umgeändert worden ist. Herr Dove betonte mit Humor, es scheine jetzt Mode zu werden, daß die Regierungsvorlagen erst im Reichstage zu einem brauchbaren Gesetz umgearbeitet werden. Wem sagen Sie das? Damit beweist man doch nicht, daß die Regierungsvorlagen immer im Unrecht gewesen sind. Allerdings hat man manchmal die Empfindung, daß man am besten tut, abzuwarten, was der Reichstag aus seiner Vorlage macht. Ich bin auch heute noch der Meinung, daß die Vertriebsgemeinschaft der beste Weg gewesen wäre. Die Kommission hat einen anderen Weg gewählt, mit dem man aber dasselbe Ziel erreichen kann wie mit der Regierungsvorlage. Es wird im wesentlichen dahin führen, daß die Ausbeutung der Kalischätze Deutschlands nach dem Gesichtspunkte des Interesses der deutschen Volkswirtschaft geschieht, daß die Inlandspreise mäßig gehalten werden und die Auslandspreise nicht niedriger sind als die Inlandspreise.

Die Regierung stand also vor der Tatsache, daß ihr Entwurf nicht auf Annahme rechnen konnte, daß ihnen aber ein anderer geboten wurde, mit dem man dasselbe erreichen kann. Da hat doch die Regierung keine Veranlassung, eine ablehnende Stellung einzunehmen. Es kommt nicht auf die Form, sondern auf die Sache an, und in der Sache sind die Entwürfe gleich. Der Kommissionsentwurf ist nur etwas bureaukratischer als der der Regierung. Nun ist von den Konsequenzen gesprochen worden, die sich für andere Industrien ergeben können. Von Konsequenzen berechtigter Art kann man nur bei gleichen Voraussetzungen sprechen. Wir haben in Kali ein Naturmonopol. Nur deshalb sind Festsetzungen möglich, die auch das Ausland berühren. Die ganze Kette von Bestimmungen hängt miteinander zusammen. Ich hoffe, daß dadurch eine gewisse Sicherheit geschaffen wird. Die Hoffnung der Zukunft muß auf der Vermehrung des Absatzes beruhen. Ich würde es für sehr verkehrt halten, wenn die Industrie für die Zukunft darauf rechnete, daß man nach einigen Jahren eine Erhöhung der Preise erreichen kann. Es muß das Bestreben der Industrie sein, durch Absatzvermehrung in Zukunft eine Verbilligung der Preise herbeizuführen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich bei der Auslegung des neuen Gesetzes Unsicherheiten geltend machen. Aber eins ist sicher, daß solche Zustände, wie im vorigen Jahre, nicht mehr vorkommen werden, daß die ganze Kaliindustrie über den Haufen geworfen wird, daß die ganze Preispolitik gestört wird. Wenn das Gesetz geschaffen wird, dann werden für seine Dauer solche Vorkommnisse unmöglich sein. Stellen sich wirklich Mißstände heraus, nun, es dauert ja nur 15 Jahre, dann mögen die Herren, die nach mir an dieser Stelle sich befinden, andere Vorschläge machen. Auf die Anfrage des Herrn Dove kann ich folgende Erklärung abgeben: der Absatz von Mischdünger in der bisherigen Art soll durch das Gesetz in keiner Weise erschwert werden. Die Kommission hat einen Parallelweg beschritten. Unter diesen Umständen werden die verbündeten Regierungen nicht die Verantwortung übernehmen, wegen der Verschiedenheit des Weges das Gesetz scheitern zu lassen, und dadurch unsere Herrschaft über den Weltkalimarkt einer Gefährdung zu unterwerfen. (Beifall.)

Abg. **v. Brockhausen** (Kons.):

Wir haben nie eine einseitige Politik zugunsten der Landwirtschaft getrieben. Landwirtschaft und Industrie sind gleichberechtigte Söhne einer Volksfamilie; die Landwirtschaft ist der ältere, aber jetzt ärmere. In diesem besonderen Falle müssen wir für die Industrie besondere Bestimmungen treffen. Es gilt, die Verhältnisse so auszubauen, daß einerseits die berechtigten Interessen der Kaliindustrie gewahrt werden, auf der anderen Seite die der Landwirtschaft und des Handels. Der Festsetzung der Preise können wir nur zustimmen, weil daraus keine Folgerungen für die Zukunft gezogen werden dürfen, und weil das Gesetz nur für 15 Jahre gilt. Durch einen besonderen Antrag bringen wir noch klarer die Sicherung der Händlervereinigungen zum Ausdruck; wir wollen keine Bevorzugungen. Das größte Gewicht legen wir auf die Bestimmung, daß die Auslandspreise unter keinen Umständen niedriger sein dürfen als die Inlandspreise. Wenn nun Schutz der Industrie, dann auch Schutz der Arbeiter. Wären die Tarifverträge und die Gewinnbeteiligung der Arbeiter in das Gesetz hineingebracht worden, so wäre es uns aus prinzipiellen Gründen unmöglich gewesen, das Gesetz anzunehmen. Hier aber, wo es sich um die gesetzliche Festlegung der Beteiligungsziffern handelt, erschien es uns wohl möglich, einen Schutz der Arbeiter gegen Lohndrückerei zu beschließen, wie sie in einer Eingabe des neuen Syndikats bereits angekündigt war. Wir müssen es aber ausdrücklich ablehnen, daß aus diesen von uns angeregten Maßregeln irgendwelche Konsequenzen für sonstige Erwerbsverhältnisse gezogen werden. Wir freuen uns, daß die Regierung diesen Standpunkt ausdrücklich teilt. Es handelt sich eben um ein Ausnahmegesetz. Ob die Sätze für die Abgabe auf das Ueberkontingent richtig sind, ist uns zweifelhaft. Jedenfalls dürfen diese Einnahmen nur zu Propagandazwecken verwendet werden. Im allgemeinen ist es rätlich, bei der Schwierigkeit der ganzen Materie, abgesehen von redaktionellen Aenderungen, an den Kommissionsbeschlüssen nichts zu ändern. Trotz schwerer Bedenken und Zurückstellung materieller Wünsche werden wir dem Gesetz zustimmen, weil es sich um ein nationales Werk handelt. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Bärwinkel** (Natl.):

Ich glaube nicht, daß die Kaliindustrie große Freude an dem Gesetz haben wird. Mit der großen Zahl der Kalispekulanten, die an Papieren Geld verloren haben, wird auch die Industrie hier einmal bluten müssen, und sie wird nicht sagen können, daß sie ein Gesetz nicht gewollt hat. Eine große Reihe von Eingaben ist ja an uns gekommen. Eine darunter fanden wir eines Abends in der Kommission in unserer Mappe, einen Brief eines gewissen Herrn Emil Sauer gegen ein Mitglied der Kommission (Gothein), geradezu ein Pamphlet. Ich weiß nicht, ob der betreffende Abgeordnete nicht nach dem Grundsatz „Niedriger hängen!" für weitere Verbreitung des Pamphlets hätte Sorge tragen sollen; jedenfalls möchte ich den Präsidenten bitten, zu veranlassen, daß uns derartige Schmähschriften nicht in die Mappe gelegt werden. Das Gesetz ist eine Folgerung aus der Monopolstellung Deutschlands in bezug auf das Kali. Das Monopol ist ein Nationalvermögen, das zu hüten und zu wahren, auch auszunutzen, unsere Schuldigkeit ist. Wir müssen Sorge tragen, daß Schmidtmannverkäufe nicht auch in Zukunft gemacht werden können. Gegen einen Kaliausfuhrzoll haben wir von jeher die lebhaftesten Bedenken gehabt. Die Lösung der Frage im Regierungsentwurf halten wir für glücklicher als die in der Kommissionsvorlage. Wir fürchten noch große Schwierigkeiten in der Praxis. Wenn wir dem Entwurf trotzdem zustimmen, so deshalb, weil Besseres nicht zu erreichen ist. Wäre ein numerus clausus eingeführt, so hätten meine hannöverschen Freunde unter allen Umständen gegen das Gesetz gestimmt; auch so haben sie schwere Bedenken gegen die Kontingentierung vom Standpunkt der Interessen der hannöverschen Grundbesitzer. Daß künftig die Löhne herabgedrückt werden würden, so stand es in der Eingabe des Syndikats doch nicht, sondern es wurde darauf hingewiesen, daß das unter Umständen eine Folge der Preisherabsetzung werden könnte. Dies Gesetz wird für Landwirtschaft, Handel und Arbeiter Vorteil bringen, für die Industrie wird es zum Teil ein Zwangsgesetz sein. Mein Fraktionsgenosse Dr. Arning hat nun zu dem Schmidtmannparagraphen einen Zusatz beantragt. Danach soll der Bundesrat ermächtigt werden, die Abgaben auf das Ueberkontingent auf Grund von Verträgen, die vor dem 17. Dezember 1909, also vor der Einbringung des Gesetzentwurfs, abgeschlossen sind, soweit zu ermäßigen, daß die Preise für die nach dem 1. Mai 1910 gelieferten Mengen einschließlich der Abgabe nicht höher werden als die bis zum 30. Juni 1909 in Geltung gewesenen Preise. Hierzu habe ich zu erklären, daß wir dem Antrage zustimmen, wenn es sich um definitiv abgeschlossene Lieferungen handelt, wir lehnen den Antrag aber ab, soweit er sich etwa auf die Produktion der folgenden Jahre beziehen sollte. Hier ist also eine Klarstellung erforderlich. Meine Freunde werden trotz schwerer Bedenken dem Gesetz zustimmen. (Beifall.)

Abg. **Emmel** (Soz.):

Wir glauben nicht, daß das Gesetz den Zweck erreichen wird, dafür werden die Kalispekulanten schon sorgen. Auf die Herren vom Kalisyndikat brauchen wir keine Rücksicht zu nehmen, die Herren, die wochenlang im Hotel Adlon als Kalinotleidende bei Soupers über ihre Interessen beraten haben. Wir haben zahlreiche Verbesserungen erreicht. Für die Landwirtschaft im Süden durch Aenderung der Frachtbasis. Wir wünschten für das Elsaß Straßburg als Ausgangsstation; die Regierung erklärte, daß einstweilen die Kaliindustrie im Elsaß noch nicht so weit entwickelt sei, sagte aber entsprechend der Entwicklung eine Berücksichtigung zu; desgleichen auf Wunsch der Konservativen für den Osten. Die Hauptsache sind für uns die Arbeiterparagraphen. Wir stellen jetzt nicht weitere Anträge, weil sie aussichtslos wären, aber die Kommissionsbeschlüsse sind das Mindeste. Bei jeder Verschlechterung würden wir das Gesetz ablehnen müssen. Wir würden eine Preisheraufsetzung ablehnen, aber auch jede Preisherabsetzung, weil uns der Nachweis geliefert ist, daß, zumal bei den mancherlei neuen Belastungen, ein kleiner Teil der Industrie bei noch niedrigeren Preisen nicht bestehen könnte.

Abg. **Stubbendorff** (Rp.)

erklärt, daß die Mehrheit seiner Fraktion für das Gesetz, ein Teil gegen das Gesetz stimmen wird.

Abg. **Brandys** (Pole):

Wir werden für jede Verbesserung stimmen, besonders zugunsten der Arbeiter, dann aber das ganze Gesetz ablehnen.

Abg. **Kölle** (Wirtsch. Vg.):

Ich will kurz sein, damit wir, wenn irgend möglich, schon heute abreisen können. Wir haben bis gestern abend an dem Zustandekommen des Gesetzes fleißig gearbeitet, nicht für irgend eine Interessentengruppe — in meiner Fraktion ist, soviel ich weiß, niemand beteiligt —, sondern für Landwirtschaft, Industrie, Gemeinden und besonders für die Arbeiter. Gerade diejenigen Herren, die sonst immer als geborene Vertreter der Industrie auftreten, haben sich hier als Vertreter der Landwirtschaft und Gegner der Industrie geriert; Herr Gothein erklärte: überhaupt kein Gesetz, oder ein Gesetzesungeheuer, das der Industrie die Lust verleidet, sich wieder an den Reichstag zu wenden. Die Herren auf der äußersten Linken dagegen haben bis zum letzten Augenblick positiv mitgewirkt. Die Schmidtmannverträge sind effektiv auf zwei Jahre abgeschlossen, auf fünf weitere

MARCHIVUM

Jahre ist den Amerikanern die Option zugestanden. Wir sind bereit, für die zwei Effektivjahre eine Konzession im Sinne des Antrags Arning zu machen. Dagegen lehnen wir es ab, den Amerikanern für sieben Jahre das Kali zu den Schmidtmannschen Vertragspreisen zu sichern und damit der gesamten übrigen Kaliindustrie das amerikanische Geschäft vollkommen zu unterbinden.

Abg. Dr. Ricklin (Elf.):

Meine Freunde lehnen die Kommissionsbeschlüsse ebenso ab wie seinerzeit die Regierungsvorlage. Eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse in der Kaliindustrie halten auch wir für notwendig, aber die Kommissionsbeschlüsse sind nicht der richtige Weg. Wir wären allenfalls für ein Verkaufsmonopol gewesen, aber nicht für die Verteilungsstellen des Zwangssyndikats. Den Interessen unserer elsässischen Bauern entspricht das Gesetz in keiner Weise. Sonst fördert man möglichst die Produktion, hier aber wird die normale Produktion zum Schaden unserer Landwirtschaft eingeschränkt. Von einem Raubbau kann bei den kolossalen Kalimengen nicht die Rede sein. Der Vorrat reicht 1000 Jahre. Das Interesse der Allgemeinheit muß auch hier allen Sonderinteressen vorangehen.

Abg. Werner (D. Ref.):

Das Gesetz kommt der Industrie, den Konsumenten und auch den Arbeitern zugute. Man hat in den Foyers erzählt, heute ständen Ueberraschungen bevor. Bereiten wir der Oeffentlichkeit die Ueberraschung, daß wir das Gesetz heute möglichst schnell verabschieden.

Abg. Gothein (Vp.):

Wir halten das Gesetz nach wie vor für ein Unglück und haben mit Recht alles getan, um es zu Fall zu bringen. Der Oberberghauptmann v. Velsen hat mir in der Kommission vorgeworfen, ich hätte mit der Bekanntgabe eines Wortes des Handelsministers Brefeld einen Vertrauensbruch begangen und hat bedauert, daß Herr Brefeld einen Herrn Gothein zu seinem Vertrauten gemacht hätte. Solche Angriffe stehen einem Regierungskommissar wirklich nicht zu. Was vertraulich zu behandeln ist, behandele ich auch vertraulich. Ich könnte noch manches von Herrn Brefeld erzählen. Heute soll der vollständig geänderte Entwurf an einem Tage gleich in zwei Lesungen durchgepeitscht werden. Das machen wir nicht mit. Herr Roosevelt weilt heute in Berlin, der früher die Trusts bekämpfte. Wäre er hier auf der Tribüne und würde er sehen, wie wir hier die Ausschreitungen des Großkapitalismus bekämpfen, so würde er keine hohe Meinung von den deutschen Volksvertretern erhalten. Die Belehrungen der Kommissare jedenfalls weisen wir zurück: Quod licet Jovi, non licet —.

Preußischer Minister Dr. Sydow:

Herr Gothein hat mich nicht ganz geschmackvoll als Jupiter bezeichnet. In meiner Familie waren niemals Götter, auch nicht Halbgötter zu finden. (Heiterkeit.) Die Positur des Jupiter überlasse ich Herrn Gothein. Nun ist es richtig, daß in sachlicher Beziehung bei der Vertretung von Regierungsvorlagen ein Unterschied zwischen der Stellung der Mitglieder des Bundesrats und der der Kommissare des Bundesrats insofern besteht, als die Kommissare darauf beschränkt sind, nach Anweisungen, die aus der Zeit des Fürsten Bismarck stammen, den Standpunkt der Regierung darzulegen, während die Bundesratsmitglieder eine gewisse Freiheit immer unter Vorbehalt der Genehmigung des Bundesrats gewährt ist. Es versteht sich ganz von selbst, daß ein junger Assessor nicht reden darf wie ein alter Beamter. Aber wenn ein Beamter von den Verdiensten des Oberberghauptmanns Velsen, der zu der Zeit, als der Vorredner in die Bergverwaltung eintrat, angesehener alter Bergwerksdirektor war, in dem Moment, wo er sich durch Angriffe gegen den von ihm verehrten früheren Chef im innersten verletzt fühlt, ein lebhaftes Wort gebraucht, da sage ich: gleiches Recht zwischen den Parlamentariern, den Herren aus dem Reichstage und dem betreffenden Beamten, der sich in seinen Gefühlen verletzt fühlt. (Lebhafter Beifall rechts.)

Damit endet die allgemeine Aussprache.

§ 1 wird mit der eingangs erwähnten Aenderung betr. die Sonderfabriken angenommen, desgleichen § 2 und 3. Auf Antrag Dr. Weber (Natl.) wird gegen die Stimmen der Volkspartei ein § 4a eingefügt, wonach Chlorkalium und Mischsalze nur von Kaliwerksbesitzern und den Besitzern der beim Inkrafttreten des Gesetzes bestehenden Sonderfabriken hergestellt werden. Den Besitzern von Sonderfabriken steht dieses Recht nur so lange zu, als sie diese Erzeugnisse nicht in größerem Umfange als bisher verarbeiten.

§ 6 betrifft die Kontingentierung.

Abg. Dr. Wiemer (Vp.)

begründet die ablehnende Stellung, die er gegen die Kontingentierung und damit gegen das Gesetz einnehmen müsse, obgleich sein Wahlkreis mit der Kaliindustrie verknüpft sei. Das deutsche Bodenmonopol an Kali sei ein Pfeiler, der schon im Wanken sei, und damit falle auch die Kontingentierung. Der Redner wiederholt im übrigen die Bedenken des Abg. Dove.

§ 6 wird unter Ablehnung eines Antrages Gothein-Fegter (Vp.) unverändert angenommen.

Bei § 8 wird durch Streichung des letzten Absatzes, die auf Antrag des Berichterstatters erfolgt, ermöglicht, bei Teilung von Werken — also z. B. infolge Durchführung des Zweischachtsystems — auch die Quote zu erhöhen. Auf Anfrage des Abg. Vogel (Natl.) gibt

Oberberghauptmann v. Velsen

die Erklärung ab, daß die Quotenverteilung nicht als Pressionsmittel zur Erzwingung des Zweischachtsystems benutzt werden solle, wenn auch die preußische Regierung an diesem festhalte.

Abg. Sachse (Soz.)

verlangt im Gegenteil eine Pression auch gegenüber den anderen Bundesstaaten und behält seiner Fraktion eventuell für später Anträge vor auf überall obligatorische Einführung des zweiten Schachtes.

Bei § 10 betr. die vorläufigen Quoten gibt Abg. Dr. Arning (Natl.) den Bedenken der hannoverschen Abgeordneten gegen die Bestimmung Ausdruck, durch die der Zuwachs des Absatzes in erster Linie den fiskalischen Werken zugesprochen und weiter für die neuen Werke eine fünfjährige Karenzfrist eingeführt wird.

Die §§ 11 bis 14 sind die Arbeiterparagraphen. Für den Fall einer Verkürzung des Lohnes oder Verlängerung der Arbeitszeit wird eine zehnprozentige Quotenkürzung angedroht. Diese Bestimmung tritt außer Kraft, wo Verträge zwischen Werksbesitzer und Arbeiterschaft bestehen.

Abg. Brey (Soz.)

begründet in längerer Rede die Zustimmung seiner Fraktion zu diesem „Mindestmaß“ an Arbeiterforderungen.

Abg. Dr. Weber (Natl.):

Hiermit und mit der Preisfestsetzung wird unsere ganze Wirtschaftspolitik verlassen. Ich gebe meinen schweren Bedenken Ausdruck über diesen Schritt, der mit Hilfe der verbündeten Regierungen getan wird, in vollem Gegensatz zu der Stellung, die der Reichskanzler noch vor wenigen Monaten einnahm. (Heiterkeit.) Solche an sich durchaus berechtigten Bestimmungen darf man nicht bei einem solchen Gesetz machen. Ich halte das für einen der gefährlichsten Schritte, die wir im Deutschen Reichstage seit 40 Jahren machen. Wir fesseln auch die Kaliindustrie mehr als wir ihr Vorteile bringen. Einer unserer bekanntesten Abgeordneten schreibt heute schon im „Tag“: „Für die Industrie beginnt heute ein neuer Tag“. (Hört, hört!) Und darum stimmen ja auch die Sozialdemokraten zu. (Hört! Hört!) Ich bitte die verbündeten Regierungen dringend, auf diesem Wege um Gotteswillen nicht weiterzugehen. (Gelächter der Soz.) Sie schnüren hier durch Preisfestsetzung der Industrie die Kehle zu. (Lachen der Soz.) Die Löhne steigen, dann haben auch die Preise steigende Tendenz. Schlagen Sie die Industrie zu, dann schlagen Sie in erster Linie auch die Arbeiter tot! (Sehr wahr!) Ich bitte den Handelsminister dringend, Stellung zu nehmen gegen jeden Versuch, diese Lösung des Problems auf andere Industrien zu übertragen, wie sie kommen könnten bei der Reichsversicherungsordnung, beim Heimarbeitsgesetz usw. (Beifall.)

Handelsminister Sydow

gibt eine Erklärung im Sinne des Abg. Weber ab.

Abg. v. Brockhausen (Kons.)

erklärt gleichfalls, daß es sich um keine sozialpolitische Entscheidung handelt.

In sehr später Stunde wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung erledigt, worauf sich der Reichstag bis zum 8. November vertagt.

Versteigerung.

Am Donnerstag, den 12. Mai 1910, vormittags 10 Uhr wird auf dem hiesigen Friedhof eine Partie Grab- und Einfassungssteine sowie eine Partie Brennholz — hauptsächlich Reisig — öffentlich und losweise versteigert.
Die Sachen lagern an der östlichen Mauer der Friedhoferweiterung und können von Interessenten vorher eingesehen werden. Nähere Auskunft erteilt der Friedhofaufseher. 154
Treffpunkt bei der Leichenhalle.
Mannheim, 28. April 1910.
Städt. Materialamt:
Hartmann.

Versteigerung.

Donnerstag, 12. Mai und Freitag, den 20. Mai 1910, nachmittags von 2 Uhr an, findet im Versteigerungslokal des hiesigen städtischen Leihamts, Litra C 5, 1 — Eingang gegenüber dem Schulgebäude — die Fortsetzung der öffentlichen Versteigerung verfallener Pfänder gegen Barzahlung statt. 19
Die Uhren-, Gold- und Silberpfänder kommen Freitag, den 20. ds. Mts., nachmittags von 2 Uhr an zum Ausgebot.
Das Versteigerungslokal wird jeweils um halb 2 Uhr geöffnet.
Kindern ist der Zutritt nicht gestattet.
Mannheim, 11. Mai 1910.
Städtisches Leihamt.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, 12. Mai 1910 nachmittags 2 Uhr
werde ich im Pfandlokal Q 4, 5 hier gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern: 30970
1 Wolfshund, 5 Mon. alt, 3 Oelgemälde, 3 Bücher Bilz, Schreibmaschine, 1 Kassenschrank, 1 Grammophon u. Möbel aller Art. 30970
Mannheim, 11. Mai 1910.
Zollinger, Gerichtsvollzieh.

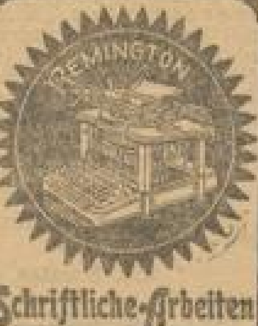
Das allein echte Kasseler
Simonsbrot
mit Streifband und Warenzeichen stets echt und frisch zu haben bei
E. Brouker & Co., Mannheim. 6313

Ich lasse meine Kleider stets in K 4 No. 15 bei der Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt
Inhaber Paul Kuhn
bei prompter Bedienung u. billigen Preisen reinigen u. bügeln.
Tel. 3216. 14312

Grosse Versteigerung Q 3, 4.

Am Donnerstag 12. Mai, nachmittags 2½ Uhr, versteigere ich in meinem Lokal Q 3, 4: 50596
Eine feine Speisezimmer-Einrichtung, ein Pianino (Blüthner), einen Kassenschrank, eine Kopierpresse, ein Trumeau, 1 Waschtisch, 1 Ausziehtisch, 1 Chaiselongue, Spiegelschrank, Herren- u. Damen-Fahrräder, einen schönen Warenschrank, Bilder, Spiegel, bess. Herren-, Damen- u. Kinderkleider und Stiefel, besseres Weißzeug u. Vorhänge, eine Teigteilmaschine und anderes mehr.
M. Arnold, Auktionator
Q 3, 4 und N 3, 11. Tel. 2185

„Meine Frau war ihr Leben lang über 50 Jahre mit ein. häßl.
Flechte
behaftet. Kein gesundes Fleckchen hatte sie auf dem Leibe. Nachdem sie Zucker's Patent-Medizinal-Seife angewendet hat, fühlt sie sich wie neugeboren. In 3 Wochen waren die Flechten beseitigt. Zucker's Patent-Medizinal-Seife ist Tausende wert. E. W. in L." à Stck. 50 Pf. (15%ig) u. 1.50 M. (35%ig, stärkste Form). Dazugeh. Zuckooh-Creme 75 Pf. u. 2 Mk., ferner Zuckooh-Seife (mild) 50 Pfg. u. 1,50 Mk. Bei: Pelikanapoth., Ludwig & Schütthelm, Friedr. Becker, Th. v. Eichstedt, Otto Heb, Heinr. Merckle, M. Oettinger Nachf., G. Springmann, Gg. Schmidt, Badenialdrog., En-gros: Leo Treutsch. 2296



Schriftliche-Arbeiten
werden billig, schnell und diskret angefertigt auf der Remington-Schreibmaschine
GLOGOWSKI & Co.
Mannheim, O 7, 5
Heidelbergerstrasse.
5337

Vermischtes.

Reserviert
für den Handschrift-Verbesserer „Storibus".
Fragen Sie dir Schreibwarenhändler. Gratis-Prospekte durch die 30943
Storibus-Industrie Mannheim

Oeffentliche Versteigerung.

Donnerstag, 12. Mai, mittags 12 Uhr werde ich im Börsenlokale dahier gemäß § 373 H.-G.-B. u. für Rechnung den es angeht 100 Sack Roggenmehl 00 Fab. Reinhold Becker, Crefeld-Linn ab Lagerhaus Worms öffentlich versteigern. Alles weitere im Termin.
Mannheim, 11. Mai 1910.
J. V.: Stahl, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Donnerstag, 12. Mai 1910 nachmittags 12½ Uhr werde ich in Waldhof vor dem Schulhaus gegen bare Zahlung öffentlich versteigern: 50603
1 Pianino, sowie Möbel verschiedener Art.
Mannheim, 11. Mai 1910.
Klee, Gerichtsvollzieher.

Wir empfehlen
lebendfrische
Grosse Helgoländer Schellfische Pfd. 40 Pf.
Mittel Helgoländer Schellfische Pfd. 34 Pf.

	p. Pfund
Bratschellfisch	21 Pfg.
Seeforelle	28 Pfg.
Grosse Scholle	30 Pfg.
Bratscholle	28 Pfg.
Rotzungen echte	64 Pf.
Steinbutt gross	130 Pfg.
Seezungen	145 Pfg.
Tafelzander	78 Pfg.
Maifisch Pfd.	38 Pfg.

Ferner im Anschnitt:

	p. Pfund
Kabeljau	24 Pfg.
Schellfisch	36 Pfg.
Seelachs oder Silberlachs	24 Pfg.
Seehecht	43 Pfg.
Heilbutt	115 Pfg.
Rotfleisch, Salm	120 Pf.

Fischhalle Nordsee
nur S 1, 2, Breitestr.
Telephon 2104.

Billige Conserven
der vorgerückten Saison halber
Metzer Erdbeeren 2-Pfund-Dose 90 Pfg.
Metzer Mirabellen prima Qualität 2-Pfd.-Dose 70 Pfg. extra Qualität 2-Pfd.-Dose 80 Pfg.
Kirschen 2-Pfund-Dose 70 Pfg.
Schnitt- u. Brechbohnen prima Qualität 2-Pfund-Dose 35 Pfg. extra Qualität 2-Pfd.-Dose 50 Pfg.
Erbsen mit Carotten 2-Pfund-Dose 45 Pfg.

Auf die Pfingst-Feiertage empfehle:

Reh
Keulen und Rücken in jeder Größe
Vorderschlegel M. 2—3, Ragout, Pfd. 50 Pfg.

Hamburger Küken, 1910er Enten
Gänse und Hahnen, Französische Poularden, Truthahnen u. Hennen, Suppen- und Ragout-Hühner. 50593

Spezialität:
Lebende Bachforellen in jeder Größe stets vorrätig
Rhein- u. Weserlalm
Steinbutt, Seezungen
Cabliau, Schellfische
Hechte, Karpfen
Aale, Schleien
Maifische
lebende und gekochte Hummer
Kiebitz-Eier. Stück 25 Pfg.
Frische Bohnen
Spargel, Artischoken
Chicorée
Malta-Kartoffel.
Delikatessenhaus
J. Knab
Q 1, 11. Tel. 293.

Dame donne conversation française. Ecrire au bureau du journal 30516.

Kapital Mk. 200 000 000 — **Dresdner Bank** — Reserven: Mk. 60 800 000
Berlin — Dresden — London.
Bremen, Breslau, Cassel, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Stuttgart.
Altona, Augsburg, Bautzen, Bückeburg, Bunzlau, Cannstatt, Chemnitz, Corbach, Detmold, Emden, Eschwege, Freiburg i. Br., Fulda, Fürth, Gleiwitz, Greiz, Heidelberg, Heilbronn, Leer, Liegnitz, Lübeck, Meissen, Plauen i. V., Spandau, Ulm, Wiesbaden, Zittau, Zwickau.
Unser Prämien-Tarif für Versicherung gegen Kursverlust
bei Auslosungen, umfassend die im Juni cr. zur Verlosung gelangenden versicherungsfähigen Wertpapiere, ist erschienen und wird allen Interessenten auf Wunsch zugesandt.
7895 Dresdner Bank.

Pfingstmontag, vormittags ½10 Uhr:
Rhein- und Hafenfahrt.
Fahrpreis 50 Pfg. pro Person. Nachm. 2 Uhr: Nach Worms u. zurück Hinfahrt 50 Pfg., Rückfahrt 50 Pfg. pro Person, mit dem neuen Salon-Raddampfer (600 Person. fassend). „Kronprinzessin Cecilie". Vorzügl. Restauration an Bord. Abfahrtsstelle Niederländische Landungsbrücke. 30600

Partieposten 7897
Bozener Wetter-Mäntel
statt Mk. 24.—
nur Mk. 17.—
Loden-Pelerinen, gute Qualität
statt Mk. 16.—
nur Mk. 10⁵⁰
Konfektionshaus Deustr
Inh.: Ernst Schnabel,
Mittelstr. 59, gegenüb. der Herz-Jesu-Kirche.

Hypothekengelder
nach amtlicher und privater Schätzung
von 4⅛ % an vermittelt 6229
Egon Schwartz
Bankvertretung für Hypotheken. — Liegenschafts-Vermittlung
Friedrichsring T 6, 21 Telephon 1734.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Belohnung
Derjenigen Person, welche den abhanden gekommenen, versilberten 50605
Stammglasdeckel m. Monogramm A. H.
wiederbringt. Vor Ankauf wird gewarnt. Abzug. L 15, 15, I

Zugelaufen.
Ein Kriegshund (Weibchen) zugelaufen. Abzuholen gegen Einrückungsgebühr und Futtergeld. Neckarau, Wingertstraße 24. 5069

Verloren
Vom Paradeplatz bis Hotel Weinberg Damenuhr mit Kette verl. Abzugeb. gegen Belohn. Hotel Weinberg.

Verkauf
Pianino
neues, wunderschönes Instrument, gut erhalten, billig zu verkaufen. Scharf & Hauk, C 4, 4. 50531

30 Legehühner zu verkaufen. 30918 H 5, 19.

Liegender Gasmotor 3 HP.
in gutem Zustande billig zu verkaufen. 50537
Wildberg & Co., B 5, 6.

Stellen finden

Um Bestellung auf kirchl. Photographien a. dem Lande aufzunehmen, suche christl. Reisenden mit guter Kleidung gegen Mk. 5.— tägl. Fixum u. Provision. — Gefl. Off. m. Angabe d. Alt., frü. Tätigk. Vorst. erb. an P. Weber, Photogr. Kunstanstalt, Bregenz.

Tüchtiger Mechaniker
per sofort gesucht. 50599
Riedfeldstraße 14.

Sauberer nüchterner
Hausbursche gesucht.
Eichelsheimerstr. 36, pt. 50604

Unentgeltl. Stellennachweis
für [illegible] Frauen u. Mädchen C 4, 12, Montag u. Donnerstag v. 12—1 Uhr sucht Stell. für Zimmermädchen, Alleinmädchen u. Stütze. 7897

Eine tüchtige 50601
Köchin
die etwas Hausarbeit mit übernimmt, wird gesucht. Ostermann, Luisenstr. 18, pt.

Eine alleinsteh. tücht. Person, gesetzt. Alters, wird zur Führung einer klein. bürgerl. Haushaltung gesucht. Eintritt auf 15. Mai oder 1. Juni. Näh. i. d. Expedition. 30958

Wasch- u. Putzfrau
gesucht. Stephanienpromenade 17 2. St. [illegible]

[illegible] z. e. d. Familie [illegible]
mädchen
das etwas kann und in häusl. Arbeiten bewandert ist. 50600 Rheinvillenstr. 4. pt.

Zu vermieten

Mollstraße 30, 4 Zimmerwohn. m. Bad u. allem Zubeh. sof. od. später zu v. Näh. Luisenstr. 10, 4. St. l. Telephon 672. 17651

Parkring 23
2. St. lks. 3-Zimmerwohn., infolge Versetzung auf 1. Juli zu vermieten. 18283

3 Zimmer u. Küche zu vermieten. Näh. Seckenheimerstraße 10, 1. St. 30381

MARCHIVUM